



Vierteljähriger Abonnementstr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Postz. 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechseitigen Petit-Zeitung 20 Pf., Reklame 10 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 31. Morgen-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 14. Januar 1886.

Der Zeugnisszwang in Disciplinarsachen.

I.

In neuerer Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Behörden den Urhebern einzelner Nachrichten nachspärrten, welche durch die Presse bekannt geworden waren. Diese Nachrichten selbst waren meist in keiner Hinsicht von Bedeutung; sie bildeten auch nicht den Thatbestand einer strafbaren Handlung, für welche der Redacteur als Thäter hätte eintreten müssen. Dagegen glaubte die Behörde insofern ein Interesse an dem Ursprung der Nachricht zu haben, als dieselbe vielleicht durch Verlezung des Amtsgeheimnisses bekannt geworden sei. Die Behörde ersuchte deshalb die Gerichte um zeugeneidliche Vernehmung des Redacteurs, und da der Redacteur, ohne sich einer ehrlosen Handlungswise schuldig zu machen, seinen Gewährsmann nicht nennen konnte, so wurde er zur Erzwingung des Zeugnisses in Haft genommen.

Es fragt sich, inwieweit diese Maßregeln in den bestehenden Gesetzen begründet sind. Thatsächlich ist das Recht der Zeugnissverweigerung für ihre Berufsangelegenheiten gesetzlich wohl Beamten, Ärzten, Geistlichen, Vertheidigern, nicht aber Redactoren gewährt worden. Im Allgemeinen ist daher der Redacteur zum Zeugniss ebenso verpflichtet wie jeder andere Bürger — vorausgesetzt, daß überhaupt nur Zeugnisspflicht besteht. Eine Pflicht, Zeugniss abzulegen, kann aber ohne Zweifel nicht anders als durch das Gesetz ausgesprochen werden. Niemand ist verbunden, jeder Behörde über Alles Rede und Antwort zu stehen. Man braucht der Post nicht seine Steuerfähigkeit und dem Fiscus nicht sein Lebensalter zu verraten. Dagegen ist man unweigerlich verpflichtet, sein Zeugniss abzulegen in allen Fällen, in denen die Gesetze die Ablegung des Zeugnisses ausdrücklich vorschreiben.

Gehören zu diesen Fällen die Disciplinarsachen? Diese Frage hat sehr verschiedenartige Antworten gefunden. Bedeutende Juristen, wie Bewald und Ullmann, haben sie in ihren Gutachten für den Deutschen Juristentag entschieden verneint. Das Disciplinarwesen, eine Schöpfung der Neuzeit, habe mit Recht und Gerechtigkeit nichts zu schaffen; Disciplin sei nicht Justiz, sondern Dienstzwang, Zucht und Ordnung. „So lange nicht“, sagt Ullmann, „der Verdacht einer eventuell vor das Forum des Richters gehörenden criminellen Rechtsverleugnung vorliegt, fehlen die Bedingungen der materiellen Kompetenz des Richters. Die Gerichte stehen im Dienste des Rechts, wie dieses im Geseze niedergelegt ist, und nicht im Dienste der Disciplinarpflichten und Dienstinstructionen der Verwaltungsbehörden.“ In dem Gesetzentwurf, welchen die Abgeordneten Becker und Lasker und Genossen anlässlich des Zeugnisszwanges gegen den Redacteur einbrachten, hieß es von dem Disciplinarverfahren: „so weit in denselben der Zwang zum Zeugniss zulässig ist“. Die unbedingte Zulässigkeit wurde also gelehnt. Jedenfalls leuchtet aus diesen Beispielen ein, daß die Zeugnisspflicht in Disciplinarsachen nicht selbstverständlich ist. Im Gegentheil, selbstverständlich ist, daß Pflichten nur durch ausdrückliche Gesetze auferlegt werden können.

Nun ist in der „Disciplinarche wider Unbekannt Nr. 406. 85.“ seitens des Strafseins des Königlichen Kammergerichts „im Vorverfahren einer Disciplinarsache wegen Dienstvergehens“ die Zulässigkeit des Zeugnisszwanges ausgesprochen worden. Die Disciplinarche hatte das Amtsgericht um zeugeneidliche Vernehmung ersucht, und das Amtsgericht kam diesem Ersuchen nach; das Kammergericht billigte diesen Vorgang, weil zwar die Disciplinarche „Bestimmungen über die Gewährung der Rechtshilfe nicht enthalten“, indeß „nach der noch geltenden Bestimmung des § 38 der preußischen Verordnung vom 2. Januar 1849 bezüglich des Verhältnisses der Gerichte zu den Verwaltungsbehörden ersteren wie letzteren zur Pflicht gemacht ist, sich gegenseitig bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Reichsunterstützung zu leisten“. Allein aus dieser Bestimmung kann die Zeugnisspflicht in Disciplinarsachen füglich nicht gefolgt werden. Denn ein Ersuchen einer Behörde an eine andere, „bei Erledigung der ihr obliegenden Geschäfte“ kann für einen Dritten eine Rechtspflicht begründen. Wenn immerhin das Amtsgericht verpflichtet sein mag, der requirirenden Behörde seine Unterstützung zu leihen, so kann diese Unterstützung doch nur innerhalb des Gesetzes erfolgen, und wo das Gesetz keine Zeugnisspflicht kennt, wird sie durch § 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849 nimmermehr geschaffen. Andernfalls bedürfte es ja zur Zeugnisspflicht nicht einmal der Voraussetzung eines Disciplinarverfahrens, noch der Beschränkung des Zeugnisses auf eine bestimmte Sache. Irgend eine Behörde brauchte nur bei Erledigung ihrer Geschäfte, also beispielsweise bei der Steuereinhaltung oder der Zollerhebung oder der Verathung von Bauconsensen das Gericht zu ersuchen, irgendemand über irgend etwas eidlich zu vernehmen, und der Zeuge wäre gezwungen, auszusagen oder die Folgen der Weigerung auf sich zu nehmen. Allein von einer solchen Dienstbarkeit der Gerichte kann im Grunde nicht die Rede sein. Das Gericht ist vielmehr verpflichtet, die gesetzliche Begründung der Requisition nicht nur formell, sondern auch materiell zu prüfen; wo also eine Zeugnisspflicht nicht besteht, muß die Unterstützung trotz des § 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849 ohne Zweifel verworfen werden. So wenig das Gericht einer Behörde, welche etwa bei Erledigung ihrer Geschäfte das Verlangen stellte, einen unschuldigen Menschen einzusperren, willfahren darf, so wenig darf dasselbe Zeugen vernehmen, wo eine Zeugnisspflicht nicht begründet ist.

Eine Anzahl preußischer Gerichte hat daher auch zeitweise oder dauernd grundsätzlich die Zeugnisspflicht in Disciplinarsachen verneint und ihre Mitwirkung bei denselben abgelehnt, beispielsweise das Berliner Stadtgericht. Dagegen hat allerdings das ehemalige Obertribunal, stets im entgegengesetzten Sinne entschieden. Über wenigstens nicht auf Grund der Verordnung vom Jahre 1849, sondern der alten Criminalordnung von 1805. (Beschlüsse vom 10. Mai 1867, 12. Februar 1862 u. A.) Die Criminalordnung sprach den Grundsatz der Zeugnisspflicht ganz allgemein aus, ohne ihn auf das eigentliche Criminalverfahren zu beschränken. Daran habe die spätere Gesetzgebung und namentlich die Verordnung vom 3. Januar 1849 nichts geändert. Ganz folgerecht übrigens kommt das Obertribunal zu dem Schluß, daß es nicht einmal eines Disciplinar-

versfahrens bedürfe, sondern „die verschiedenen Behörden wechselseitig zur Leistung der ressortmäßigen Hilfe ohne weitere Prüfung verpflichtet sind, sobald nur die Requisition von einer dazu berufenen Behörde ausgeht“, ein Wunder, daß das Obertribunal wenigstens voraussetzt, daß „das gestellte Verlangen nicht bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu widerläuft“. Auf diese Weise würde jeder Bürger mit all seinem Wissen, all seinen Geheimnissen widerstandslos jeder Behörde preisgegeben sein. Allein bindet den Richter nicht mehr der Satz: Nulla poena sine lege, keine Strafe, kein Zwangsmittel ohne Gesetz? Ist der Bürger verpflichtet zum Denuncianten zu werden, fremdes Vertrauen zu verlegen, seine Ehre preiszugeben, wenn irgend eine Behörde belieben sollte, auch ohne jedes gerichtliche Verfahren ihn als „Zeugen“ vernehmen und zwingen zu lassen? Oder sollte nicht vielmehr die Ansicht richtiger sein, die Criminalordnung habe nur das Criminalverfahren im Auge gehabt? Die Zeugnisspflicht der Criminalordnung gelte nur für die Criminaiprocesse? Indessen das Kammergericht hat sich ja auf die Criminalordnung nicht einmal befreut, was sich heute freilich seltsam genug ausnahme. Denn ist die deutsche Rechtseinheit geschaffen, um die alten „Ordnungen“ der Einzelstaaten zu erhalten? Immerhin, auch die Verordnung, welche das Kammergericht citirt, gilt nur in einem Theile von Preußen. Das Zeugnisszwangsv erfahren im Deutschen Reiche hat also den Erfolg, den Particularismus neu zu beleben. Für jedes Rechtsgebiet alten Stils kommen wieder die alten vergebenen Rechte zur Geltung.

Indessen die Begründung des kammergerichtlichen Beschlusses widerlegt sich selbst durch die Unmöglichkeit seiner Consequenzen. Er beweist zu viel und daher gar nichts, er würde eine Zeugnisspflicht voraussetzen, auch ohne daß irgend ein, selbst nur disciplinaires Verfahren schwerte. Der Richter würde vollständig zum Werkzeug aller anderen Behörden herabgedrückt, denen er willenlos gehorchen müßte. Es gäbe Zeugen ohne Klagen, ohne Beschuldigung, ohne Prozeß, und das gerichtliche Verfahren könnte eine Einleitung für jegliche Art von Willkür werden. Das kann weder das Gesetz noch das Kammergericht gewollt haben. Die Zeugnisspflicht in der „Disciplinarche wider Unbekannt“ ist daher einstweilen noch unerwiesen.

Geradezu beläugenswerth aber wäre es, wenn die Begründung einer Zeugnisspflicht in Disciplinarsachen durch eine Verordnung für einen einzelnen Theil Preußens die Hervorführung ähnlicher Bestimmungen im übrigen Deutschland zur Folge haben sollte. Wie das Kammergericht das Vorgehen begründet, hätte dasselbe schon in Hannover, in Nassau nicht begründet werden können. Also zweierlei Recht gegen zwei Zeitungen in verschiedenen Orten! Dann hätten sich noch immer nicht die schönen Worte erfüllt, mit denen Heinrich von Treitschke einst die Bekündigung des deutschen Strafgesetzbuches begüßte:

„Unter allen unheilvollen Folgen der deutschen Zersplitterung hat kaum irgend eine edle Geister so tief empört, wie die schimpfliche Thatſache, daß Recht und Unrecht unter den Söhnen eines Volkes nicht mit gleichem Maße gemessen ward. Diese Schande von unserem Vaterlande hinwegzunehmen, eine der idealsten und erhabensten Pflichten nationaler Gesetzgebung zu erfüllen, den Particularismus aus einem seiner wichtigsten Vollwerke herauszutreiben, nur durch ausdrückliche Gesetze auferlegt werden können.“

Sie ist es noch immer.

Dr. jur. J. L.

Deutschland.

— Berlin, 12. Januar. [Zum Branntwein-Monopol.] Die Kreuzztg. bemerkte heute Abend wohl nicht ohne Absicht, daß den Mitgliedern des Bundesrates gestern nur der Gesetzentwurf über das Monopol, nicht aber die Motive zu demselben zugegangen seien. Ein offizieller Correspondent der „Hamb. Nach.“ ist nämlich gestern in der Lage gewesen, dem Blatte Mittheilungen zu machen, welche die Annahme nahe legen, daß ihm die Motive oder Auszüge aus demselben zugänglich gewesen sind. Aus diesen Mittheilungen ist die von besonderem Interesse, daß in aller Stille im ganzen preußischen Staate Erhebungen sehr umfassender Art über die Verhältnisse nicht blos der Brennereien, sondern auch aller andern Betriebe, die in Betracht kommenden Preise u. s. w. gemacht worden seien. Es ist doch schwer verständlich, wie man auf die Weise einigermaßen zutreffend und für die Berechnungen, welche dem Monopol-Gesetzentwurf zu Grunde zu legen waren, ausreichende Resultate erlangt haben sollte. Einen Anhalt für die Verwendungskärtchen, welche die preußische Regierung ins Auge gesetzt hat, scheint die Bemerkung geben zu sollen, daß, selbst wenn die Erträge des Monopols auch um 50 oder 70 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückbleiben sollten, doch die auf Preußen entfallende Quotient auf 100 Liter höher, als der Marktpreis ist, abgekauft werden soll, noch ein weiteres Geschenk in Gestalt der Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer auf die Gemeinden und Gutsbezirke zu machen beabsichtigen, nachdem man ihm vor 25 Jahren die Steuerfreiheit durch hohe Summen abgelöst hat. Offiziell wird auch in Aussicht gestellt, daß die Entschädigungen durch den Bundesrat anders, und das soll doch wohl heißen, höher normiert werden dürfen. Wenn das heute die preußische Staatsregierung oder das Finanzministerium schon voraussieht, so ist es doch sehr auffallend, daß es nicht selbst die Säge schon höher gegriffen hat. — Von allen Seiten werden Verhandlungen und Petitionsbeschlässe gemeldet, welche sich gegen das Monopol richten. Die Aufregung in der ganzen Geschäftswelt, welche irgendwie mit der Spiritus-Industrie in Verbindung steht, ist ungeheuer, und noch hat sie nicht die Wirths ergriffen, deren Existenz ebenso auf dem Spiele steht, wie die aller anderen Interessenten. Am größten ist die Aufregung in Nordhausen. Man kann sie verstehen, wenn man die Bedeutung der Branntweinbrennerei daselbst kennt, und wenn man weiß, daß dort nur Kornbranntwein hergestellt wird, dieser aber nach dem Gesetzentwurf von dem Belieben der Reichsbehörden, bzw. der Monopolverwaltung, noch weit mehr abhängig gemacht werden soll als die Herstellung von Kartoffelspiritus. Die Petitionen, welche in Nordhausen circulieren, scheinen nach einer Probe, welche die „Magd. Bzg.“ mittheilt, in den kräftigsten Ausdrücken ab-

gefäßt zu sein. Sie werden jedenfalls wirksamer sein, als die an anderen Orten gefassten Beschlüsse, es möge zunächst eine Enquete über die Verhältnisse der Spiritusindustrie und des Spiritushandels veranstaltet werden. Ein derartiges Vorgehen in dem jetzigen Stadium erscheint vollständig verehrt. Das Einzige, was vom Reichstage erbeten werden kann, ist die strikte Ablehnung des Monopols, sobald es demselben zugegangen ist. Will dann die Regierung eine Enquete veranstalten, so mag sie einen dahin gehenden Antrag beim Reichstage einbringen.

[Eine orientalische Akademie.] Wie man der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin meldet, soll die Gründung einer orientalischen Akademie in Berlin befußt Ausbildung junger Leute für den diplomatischen Dienst beschlossen sein. Die Mittel dazu würden vermutlich bereits im nächsten preußischen Etat gefordert werden. Hierzu wird der „Str. Post“ aus Berlin geschrieben: „Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn diese Nachricht sich bestätigen sollte. Die Gründung einer solchen Anstalt erscheint nämlich im höchsten Grade wünschenswerth, um den jungen Universitättern für den Dolmetscherdienst, die sogenannte Dragomanats-Carrière, auch denjenigen Grad praktischer Ausbildung zu geben, welcher sie in den Stand setzt, ihre Sprachenkenntnisse im Interesse der im Orient lebenden deutschen Reichsangehörigen wirklich vortheilhaft und nutzbringend anzuwenden. Bisher waren diese jungen Leute, wenn sie nach zurückgelegtem Universitätsstudium als Dragomanateleven an irgend ein Consulat im Orient versetzt wurden, meistens in der übeln Lage, daß sie zwar das Türkische, bzw. Arabische und Persische wissenschaftlich beherrschten, des praktischen Gebrauchs der Sprache dagegen so gut wie völlig unkundig waren. So kam es denn vor, daß ein deutscher Dragomanateleve, der auf irgend einem Polizeibureau oder einem Gericht die Interessen der deutschen Reichsangehörigen vertreten sollte, kaum so weit türkisch oder arabisch sprechen konnte, um den betreffenden türkischen oder egyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wissamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbeschleunigung konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erledigt wurde, daß unter den betreffenden türkischen oder egyptischen Beamten sich der eine oder andere befand, der des Französischen so weit mächtig war, um mit dem deutschen Dragoman die Sache, wenn auch nicht durchzusprechen, so doch durchzubrechen. Einen gewissen tragikomischen Anstrich erhielt dieses Verhältniß noch dadurch, daß die betreffenden Dragomanateleven durchgehends der türkischen oder arabischen Sprache in wissenschaftlicher Beziehung nach jeder Richtung hin viel mächtiger waren, als sämtliche Orientalen zusammen, mit denen sie zu verhandeln hatten, und daß lediglich der Mangel an praktischer Sprachgewandtheit es war, der sie an einer nutzbringenden Entfaltung und Verwertung ihrer Kenntnisse hinderte. Denn, das muß zur völligen Klärstellung der Angelegenheit betont werden: was die wissenschaftliche Beherrschung der orientalischen Sprachen angeht, steht das deutsche Dragomanatspersonal in allererster Linie, und die Dienste, welche der orientalischen Sprachwissenschaft grade durch Angehörige des deutschen Dragomanatcors fortgesetzt werden, sind von der schäzenvortheilsten Natur, wie jeder Blick in die wissenschaftlichen Zeitschriften und Special-Beröffentlichungen auf dem Gebiete der orientalischen Wissenschaft zur Genüge darthut. Neben dieser wissenschaftlichen Durchbildung auch der praktischen in Zukunft gebührende Verstärkung angedeihen zu lassen, ist der Zweck einer orientalischen Akademie. Man wird, so denken wir, bei der Gründung einer solchen Anstalt in Berlin im Allgemeinen sich die Einrichtungen der orientalischen Akademie in Wien zum Vorbilde nehmen. Diese ausgezeichnete Anstalt ist die vornehmste Vorbildungsstufe für den diplomatischen und consularischen Dienst von Österreich-Ungarn. Außer dem Unterricht in den Rechts- und Verwaltungswissenschaften werden dort die Sprachwissenschaften gepflegt, und zwar bilden Französisch, Englisch, Italienisch, Türkisch, Arabisch und Persisch die Hauptunterrichtsfächer. Dabei wird grade per praktischen Ausbildung in diesen Sprachen die lebhafte Fürsorge gewidmet. Angehörige der betreffenden Länder, deren Sprachen gelernt werden, weilen in der Akademie, halten Sprechübungen ab u. s. w. Unter diesen, wenn wir so sagen sollen, Professoren der Praxis befinden sich stellenweise ganz hervorragende Männer. So weilt z. B. in den siebziger Jahren der frühere Oberbürgermeister von Jerusalem, Jussuf Zia El-Halidi, der Abkömmling eines berühmten arabischen Geschlechtes, der später als Führer der Opposition im ersten türkischen Parlament so viel von sich reden machte, längere Zeit als Lector an der orientalischen Akademie in Wien.“

[Der Fragebogen.] betreffend die von der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller in Köln beschlossene Enquete in der Währungsfrage, zerfällt in zwei Abtheilungen:

A. Ermittlungen.

1) Hat nach Ihrer Erfahrung die deutsche Münzgesetzgebung, durch welche unter vorläufiger Beibehaltung der Thaler als gebräuchliches Zahlungsmittel die Goldwährung eingeführt wurde, einen günstigen oder nachtheiligen Einfluß auf die deutsche Gewerbehälfte ausgeübt?

2) Ist insbesondere die Aenderung in dem Wertverhältniß zwischen Silber und Gold auf die deutsche Münzgesetzgebung (siehe Nummer 1) und die deutschen Silberverkäufe zurückzuführen?

3) Welchen Einfluß hat dieser Preisrückgang des Silbers auf den deutschen Import und Export, sowie auf den Consum im Inlande ausgeübt?

B. Vorschläge.

6) Halten Sie hiernach eine Aenderung der deutschen Münzgesetzgebung (siehe Nummer 1) im Interesse der deutschen Gewerbehälfte für erforderlich oder wünschenswerth?

Empfehlen Sie

- die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Münzverhältnisse und die Beibehaltung der noch kursirenden Silberthalers oder
- die volle Durchführung der Goldwährung und die Demonetisierung so wie den Verlauf der noch kursirenden Silberthalers?
- Halten Sie eine Vermehrung der Silberscheidemünze für wünschens-

wert und haben Sie Bedenken, daß die Reichsbank einen Theil ihrer Deckung in Silber hält, oder d. welche sonstigen Maßregeln halten Sie für zweckmäßig?

7) Soll event. Deutschland mit einer Aenderung für sich allein oder im Wege internationaler Verträge vorgehen? Welche Staaten müssen event. nach Ihrer Meinung einem derartigen internationalen Münzvertrage unbedingt beitreten?

8) Welche Gesichtspunkte sind ferner für einen derartigen internationalen Münzvertrag als maßgebend hinzustellen? Ist insbesondere ein festes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber zu vereinbaren, und zwar das von 1:15 $\frac{1}{2}$, oder welches andere?

9) Ist bei Abschluß eines solchen Vertrages die unbefrängte Prägung von Silber und Goldmünzen in den festgelegten Wertverhältnissen auch für Privatrechnung einerseits erforderlich und andererseits mit Aufrechterhaltung des betreffenden Wertverhältnisses vereinbar?

10) Halten Sie es für zweckmäßig, daß der Centralverband deutscher Industrieller als solcher in dieser Frage Stellung nehme und eine Initiative der deutschen Reichsregierung beantrage?

S. C. [Die Bevölkerung der Reichshauptstadt.] Zu den beachtenswertesten vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung am 1. Decbr. 1885 gehört das erhebliche Anwachsen Berlins auf 1316382 Einwohner, während es am 1. December 1880 erst 1122330 Einwohner zählte. Da die definitiven Ergebnisse der Zählung vom 1. December 1885 erst in mehreren Monaten und die Ergebnisse über die Bevölkerung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Religion, Geburtsort, Beruf u. s. w. erst im Laufe der nächsten Jahre veröffentlicht werden können, so wird es zeitgemäß sein, einige Zahlen aus dem kürzlich veröffentlichten höchst interessanten zweiten Heft der Berliner Volkszählung von 1880, welches umfangreiche Tabellen über die Bevölkerung nach Alter, Familienstand, Geburtsort, Religion, Beruf u. s. w. enthält, den Lesern vorzuführen. Danach befanden sich unter den am 1. December 1880 vorhandenen 1122330 Einwohnern Berlins nach dem Geschlecht: 542829 männliche und 579501 weibliche Personen; ferner zählte man nach dem Civilstande 663797 Unverheirathete, 389127 Verheirathete, 64305 Verwitwete, 4675 Geschiedene und 426 Personen, deren Civilstand nicht angegeben war. Nach den Geburtsorten vertheilte sich die Bevölkerung Berlins auf 486784 in Berlin geborene und 635546 zugezogene Personen. Nach der Religion zählte man 972205 Evangelische, 10662 Römisch-Katholische, 230 Griechisch-Katholische, 2395 Dissidenten, 983 sonstige Christen, 53916 Juden, 7 Muhammadaner, 2 Monothisten, 7 Sintoisten (aus Japan?), 22 Buddhisten, 249 Person ohne Religion und 638 ohne Religionsangabe. Nach dem Alter zählte man in fünfjährigen Altersgruppen: Personen von 0 bis 4 $\frac{1}{2}$ Jahren 140266, von 4 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$: 59677, von 9 $\frac{1}{2}$ bis 14 $\frac{1}{2}$: 82748, von 14 $\frac{1}{2}$ bis 19 $\frac{1}{2}$: 95663, von 19 $\frac{1}{2}$ bis 24 $\frac{1}{2}$: 133865, von 24 $\frac{1}{2}$ bis 29 $\frac{1}{2}$: 127659, von 29 $\frac{1}{2}$ bis 34 $\frac{1}{2}$: 112394, von 34 $\frac{1}{2}$ bis 39 $\frac{1}{2}$: 88318, von 39 $\frac{1}{2}$ bis 44 $\frac{1}{2}$: 69391, von 44 $\frac{1}{2}$ bis 49 $\frac{1}{2}$: 48840, von 49 $\frac{1}{2}$ bis 54 $\frac{1}{2}$: 39100, von 54 $\frac{1}{2}$ bis 59 $\frac{1}{2}$: 30729, von 59 $\frac{1}{2}$ bis 64 $\frac{1}{2}$: 23213, von 64 $\frac{1}{2}$ bis 69 $\frac{1}{2}$: 14520, von 69 $\frac{1}{2}$ bis 74 $\frac{1}{2}$: 8278, von 74 $\frac{1}{2}$ bis 79 $\frac{1}{2}$: 7498 und von 79 $\frac{1}{2}$ bis darüber: 231 Personen. Dem Berufe nach gab es unter der Bevölkerung Berlins am 1. December 1880: 558167 selbständige Personen, und zwar 380196 männliche und 177971 weibliche Personen. Nach Betriebsarten zählte man u. a. 236393 männliche und 59308 weibliche Gewerbetreibende, 7051 männliche und 58930 weibliche Dienstboten, ferner 55462 männliche und 25553 weibliche Arbeiter ohne besondere Angabe überhaupt, 3006 männliche und 2714 weibliche Lehrer, 720 männliche und 29 weibliche Literaten und Schriftsteller, 1299 männliche und 11 weibliche Correspondenten, Schreiber u. c., ohne nähere Bezeichnung zusammen in „Literatur und Presse“ 2019 männliche und 40 weibliche Personen.

[Unterirdische Telephonleitung.] Dem elektrotechnischen Verein machte Staatssekretär von Stephan die interessante Mittheilung, daß die Reichs-Telegraphen-Verwaltung damit umgehe, die Fernsprechleitungen unterirdisch anzulegen. Die oberirdische Leitung habe, zumal in Berlin, wo bereits 8448 Kilometer Leitungen verlegt sind, ihre Grenze. Es seien bereits mit unterirdischen Leibern, die eine große Anzahl Drähte enthalten, umfassende Versuche gemacht, und man würde wohl damit zum Zielpunkt kommen.

* Berlin, 12. Januar. [Berliner Neuigkeiten.] Die Mittheilung über die politische Auflösung des Commerces der Conservativen im 4. Berliner Reichstagswahlkreise ist, wie die Herren Dr. Evers und Rechtsanwalt Hoffmann erklären, unrichtig. Der Commerce ist regelrecht nach Beendigung der Fidelitas geschlossen worden. — Der Buchhalter der Tattersall-Gesellschaft wurde verhaftet. Es wird ihm zur Last gelegt, Unterschlagungen in Höhe von 40000 Mark begangen zu haben, zu deren Bedeckung er falsche Eintragungen in die Bücher gemacht hat.

[Der württembergische Thronfolger, Prinz Wilhelm.] Hat sich zu Ratiboritz, dem in Böhmen gelegenen Schlosse des Fürsten Wilhelm von Schaumburg-Lippe, mit der Prinzessin Charlotte von Schaumburg-Lippe, geboren 1864, verlobt. Prinz Wilhelm, geb. 1848, war in erster Ehe mit einer Prinzessin von Waldeck verheirathet, welche 1882 starb, ein Sohn aus dieser Ehe starb ebenfalls, so daß aus derselben nur noch eine Tochter übrig ist. Da in Württemberg, wenn Prinz Wilhelm ohne männliche Nachkommen stirbe, eine katholische Nebenlinie zur Regierung käme, so war es schon lange der lebhafte Wunsch des weit überwiegend protestantischen Landes, daß der Thronfolger sich wieder vermählen möchte.

[Aus München] wird dem „N. W. Tgl.“ unter dem 11. d. M.

geschrieben: Schon seit einiger Zeit fanden im Palais des Prinzen Luitpold (Onkel des Königs) unter den Mitgliedern des k. Hauses wichtige und häufige Conferenzen statt, welche die Verhältnisse der k. Cabinettskasse zum Gegenstande hatten. Die Pariser Meldung, daß der König von Bayern unter dem Namen eines Grafen Berg dort beußt Arrangirung der Cabinettskasse weile, ist unrichtig. Der König ist seit einigen Tagen in Linderhof, wohin er vor einigen Tagen von Hohenwangau aus überstieß. Eine Entscheidung scheint sehr nahe bevorstehend. Gestern hatten die sämtlichen Staatsminister Audienzen bei den Prinzen Luitpold, Ludwig und Leopold. Daraufhin soll das Gesamtministerium an den König eine Vorstellung gerichtet haben über die Verhältnisse der königlichen Hof- und Cabinettskasse vom Gesichtspunkte der königlichen und der Interessen des Landes aus. Ein Rücktritt des Gesamtministeriums dürfte vielleicht schon für nächste Tage bevorstehen.

Der „W. Tgl.“ wird aus München, 11. Januar, geschrieben: „Wir gehen in Bayern ernsten Dingen entgegen!“ sagte vor einigen Wochen in einer Versammlung der Führer der bayerischen Nationalliberalen Herr v. Schauß. Und diese ernsten Dinge scheinen näher zu sein, als Mancher geglaubt hat. Wir haben an dieser Stelle schon vor Jahr und Tag und dann im Laufe der Monate, welche der Kammereröffnung vorhergingen, immer wieder betont: Die trostlose Lage der königlichen Cabinettskasse ist gerade darum so verzweifelt, weil es gar keinen Ausweg zu geben scheint, der zu einer Sanierung führen könnte. Die Hilfe der Agnaten versagte zum zweiten Male, nachdem sie vor drei Jahren ein 8 Millionen-Anlehen ermöglicht hat; die Hilfe aber des Landes in irgend einer Form, sei es durch Deckung der Privatschulden des Königs oder durch Erhöhung der Civilliste, oder endlich durch Garantie für ein Anlehen, kann gar nicht in Frage kommen. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben, drei Monate Landtag sind vorüber, die Minister haben keine Vorlage nach der befragten Richtung eingebracht und sie denken gar nicht daran, ihre Situation vor der Kammer noch weiter durch eine solche ganz aussichtslose Maßnahme zu verschlimmern. Aber sie sollen einen anderen Schritt gethan haben, um die Dinge einer Lösung entgegenzutreiben: Das Gesamtstaatsministerium hat an den König eine ehrfurchtsvolle Vorstellung in Sachen der Cabinettskasse mit dem Hinweis auf die Erfordernisse der persönlichen Interessen des Königs sowohl als der des Landes gerichtet. Dazu kommen die sicherlich nicht bedeutungslosen Audienzen, welche das Ministerium in der letzten Zeit wiederholt bei dem Oheim des Königs, dem Prinzen Luitpold und seinen drei Söhnen gehabt hat. Wie sich das Wirkniß, dem staatsrechtlich, verfassungsmäßig beizukommen fast eine Unmöglichkeit ist, thatsächlich entwickelt und löst, das übersteigt zur Zeit unserer Wissen, ja unsere Mutmaßungen, aber das kann man mit Bestimmtheit sagen, so, wie die Dinge jetzt gediehen sind, kann es nicht weiter gehen. Die Schuldenlast beträgt etwa 14 bis 15 Millionen, die Cabinettskasse verweigert Zahlungen entweder auf die ihr präsentirten Rechnungen oder sie leistet geringfügige Abschläge; bereits sind Forderungen von Handwerkern, Baumeistern, Lieferanten bei Gericht eingeflagt gewesen, aber der weitere gerichtliche Gang — man denke sich: der Gerichtsvollzieher vor der Privatschatulle des Königs! — ist durch Abschlagszahlungen und Beschwilligungen aufgehoben worden. Dem König selbst ist die Lage der Dinge nicht verborgen; so einsam er in seinen Schlössern ist, so dringen doch Nachrichten heraus, daß seine Stimmung zwischen tiefer Niedergeschlagenheit und hochgespanntem Selbstbewußtsein wechselt.

Der „Fr. Tgl.“ wird telegraphirt: Die Vorstellung des Gesamtministeriums in Sachen der Lage des Landes und der Civilliste wurde vom König zurückgewiesen. Das Ministerium beabsichtigt, seine Demission zu nehmen. — Baron Franckenstein, der Präsident der Reichsraths-kammer und Vicepräsident des deutschen Reichstags, soll mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt werden.

Essen, 11. Jan. [Der Oberbürgermeister Hache.] Mitglied des Herrenhauses, ist heute Abend 8 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten, gleich nach Einführung des Beigeordneten Herrn Haumann, plötzlich am Schläge gestorben. Herr Hache stand im Alter von 48 Jahren und war erst vor kurzer Zeit für eine zweite zwölfjährige Dienstperiode einstimmig gewählt worden. Unsere Stadt hat an ihm einen hochbegabten, pflichttreuen Beamten verloren.

D e s t r e i c h - U n g a r n.

Bpest, 12. Januar. [Über die Deraudationen bei der Groß-Rükindaer Gemeinde-Verwaltung] enthält der offizielle Bericht des Vizegespanns folgende Angaben:

Schon seit dem Jahre 1884 war es bekannt, daß in den Kassen der Stadt Rükinda die größte Unordnung herrschte, so daß sich die Comitats-Songregation veranlaßt sah, zur Scontritur der Kassen eine besondere Commission zu entsenden. Dieselbe erurierte, daß in den Kassen ein Baarvorwahl von 119725 Fl. enthalten sein müsse, während sich nur 222 Fl. vorhanden. Für das Manz von 117493 Fl. fand sich bloß für 96 Fl. ordentliche Deckung, während die restliche Summe entweder mit werthlosen provisorischen Duttungen oder gar nicht gedeckt war. Die Untersuchung ergab, daß der Vorstand mit dem Vermögen der Gemeinde in so grausamer Weise wirtschaftete, daß dieselbe am Rande des Concurses steht, während bei rationeller Wirtschaft sich jährlich ein Kaiser-Ueberdruck von 15 bis 20000 Fl. ergeben müßte. Abgesehen davon, daß man mit dem ordentlichen Einnahmen in scandalöser Weise wirtschaftete, verschaffte man noch außerordentliche Einnahmen, indem man ganz unbefugter Weise einen Communal-Steuerauschlag einholte. Der Stuhrichter ließ Privat-rechnungen aus der Gemeindekasse bezahlen und nahm Anteilen aus derselben. Der Ortsrichter effectierte nicht nur die Aufträge des Stuhrichters, sondern betrieb auch auf eigene Faust eine wahre Paßwirthschaft; die Controlorgane drückten zu Allem die Augen zu. Die Folge ist nun, daß die gesamten Gemeinde-Organe und betreffenden Organe der Verwaltungsbehörde gerichtlich belangt werden.

Italien.

Rom, 9. Januar. [Todestag Victor Emanuels.] Ein trüber, regenschwerer Himmel hing heute über Rom, gleich als ob auch er Trauerwand angelegt hätte an dem Tage, welcher vor acht Jahren Italien seinen Befreier und Wiedereiniger entzog. Vom frühen Morgen bis in die Abendstunden dauerte die patriotische Wallfahrt zu dem Grabe Victor Emanuels im Pantheon, an dem sich die Kranspenden allmäßig zu einem stattlichen Berge aufstürmten. Den Ursprung mache um 8 Uhr das königliche Paar mit dem Kronprinzen; von ihrem Gefolge begleitet, wohnten sie der von dem Hofkaplan Msgr. Anzino gelesenen Todtenmesse bei. Als das königliche Paar nach verrichteter Andacht den Tempel verließ, wurde es von der vor dem Kirchenportale angefammelten Volksmenge zum Gegenstande einer zwar nicht geräuschvollen, aber darum nicht minder herzlichen Kundgebung gemacht. Um 9 Uhr begannen die Vertreter des Municipiums, der Präfectur, des Provinzialrathes, des Landheeres und der Flotte, des königlichen Hauses, der Vereine, der Universität, der Schulen u. s. w. ihren Vorbeizug. Auch aus dem übrigen Italien hatten sich zahlreiche Vertretungen eingefunden; namentlich thaten sich Turin, Perugia, Livorno, Ancona, Piacenza, Neapel, Venetien, Mailand, Lucca, Alessandria, Rieti, Florenz, Spezia, Genua, Novara, Savona, Brescia und Catanzaro unter den „hundert Städten Italiens“ hervor. Unter den niedergelegten Kränzen befand sich einer mit der Inschrift: „I Trentini a Vittorio Emanuele“; derselbe wurde unbeantwortet an seinem Platze belassen, entgegen der Praxis, welche die Duastur am 20. December v. J. am selben Tage gegenüber einer Kranspende der Triestiner geübt hatte, die, unanständig genug, den Namen des „Re Galantuomo“ mit demjenigen des vor drei Jahren wegen geplanten Fürstenmordes in Triest hingerichteten Oberdank verquiken möchte.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. [Das Budget für 1887.] Wie bereits gemeldet, enthält der Budget-Entwurf des Finanzministers für 1887 weder eine Liquiditäts-Anleihe noch eine neue Steuer. Herr Carnot hat beschlossen, alle als außerordentlich angesehenen Ausgaben, wie beispielsweise in unseren verschiedenen Protectoretaten, in das ordentliche Budget einzutragen. Der Minister hat gleichfalls die Absicht, das außerordentliche Kriegsbudget ganz zu unterdrücken, die noch zu machenden Ausgaben auf eine Periode von zehn Jahren zu verteilen und die entsprechende Jahresrate in das ordentliche Budget einzustellen. Diese verschiedenen Operationen werden demnach sicherlich eine Erhöhung der Ausgaben zur Folge haben. Um dem gerecht zu werden, ergreift der Finanzminister drei Arten von Maßregeln: vorerst reducirt er so viel als möglich die Ausgaben der verschiedenen Ministerien, namentlich der des Krieges und der Marine. General Boulanger rechnet auf eine Verminderung von 40 Millionen bei den Ausgaben seines Ressorts, Admiral Aubé seinerseits auf eine solche von 10 Millionen. Andererseits führt Herr Carnot eine Finanzoperation durch, um die sechsjährigen Obligationen zu consolidiren, die noch einzulösen sind und die zur Deckung der außerordentlichen Budgets ausgegeben worden waren. Die Gesamtziffer dieser Obligationen beläuft sich auf 534 Millionen, rückzahlbar in sechs Jahren, je 100 Millionen jährlich während der ersten fünf Jahre. Wenn diese Obligationen in 3 proc. amortisirbare Rente consolidirt wird, kann die Amortisierungsziffer per Jahr bedeutend vermindert und hieraus

Stadt-Theater.

„Was ihr wollt.“

Bodenstedt hat Recht, wenn er sagt, „Was ihr wollt“ sei wohl die in Gehalt und Gestalt vollendete aller Shakespeare'schen Komödien zu nennen, weil sie uns, ohne Einnahme tragischer Elemente und peinlicher Situationen, durchweg in heiterster Stimmung erhält und den reinsten poetischen Eindruck hinterläßt. In der That verfehlt der romanische Zauber des einen Theils der Handlung, der Liebesgeschichte Viola's, Olivia's und des Herzogs, und die von echt altenglischem Humor getragene fröhliche Ausgelassenheit des anderen Theiles der Komödie, für den der lustige Junker Tobias zum Mittelpunkt wird, niemals seinen Eindruck auf den Leser oder Zuschauer. Auch muß man immer wieder die Kunst bewundern, mit welcher der Dichter die beiden grundverschiedenen Seiten des Inhalts zu einer poetischen Einheit von unverwelklichem Reiz zu verschmelzen gewußt hat. Eine gute Aufführung von „Was ihr wollt“ ist ohne Zweifel einer der angenehmsten Genüsse, die eine Schaubühne dem Theaterbesucher gewähren kann. Leider geht selbst eine nur mäßigen Ansprüchen genügende Aufführung des Lustspiels über die Kräfte von mittleren Bühnen weit hinaus. Die Hauptrollen stellen an die schauspielerische Ausbildung und die schauspielerischen Talente der Mitwirkenden ganz außerordentliche Anforderungen. Die Shakespeare'schen Dramen werden ja überhaupt für unsere Bühnen dadurch zu einer gefährlichen Klippe, daß sie die etwaigen Blößen eines Ensembles, das dem Alltagsbedürfnis des Repertoires vollauf oder leidlich, ja nachdem, genügt, mit einer gewissen Hartherzigkeit enthalten.

Die Aufnahme, welche „Was ihr wollt“ am Dienstag im Stadttheater fand, kann nicht als eine solche gelten, wie sie dieser Verleger Lustspielbichtung hätte zu Theil werden müssen. Am Shakespeare hat das nicht gelegen. Am Publikum auch nicht; man müßte ihm denn die unmäßliche Ansicht andichten, daß es, allzu sehr an die Schwäche und Posse der Modernen gewöhnt, ein Shakespeare'sches Stück habe ablehnen wollen. Bleibt als dritter Factor die Darstellung.

Den Herzog spielte Herr Rosemann. In der fünften Scene des ersten Actes entwirft Olivia von Orsino folgendes Bild:

Doch halt' ich ihn für tugendhaft, ich weiß,
Daz er von edlem Namen, von großen Gütern,
In frischer, fleckenloser Jugend blüht!
Geehrt von Ruf, gelehrt, freigebig, tapfer,

Und von Gestalt und Gaben der Natur

Ein feiner Mann . . .“

Herr Rosemann blieb seiner Rolle, was die äußere Repräsentanz anbetrifft, soweit sie sich auf edle, vornehme Haltung zu erstrecken hatte, nichts schuldig. Wenn er etwas zu wünschen übrig ließ, so ist dies auf Conto des Personalbestandes zu setzen, der keinen jugendlichen Liebhaber von so viel Talent aufweist, daß ihm die Partie des Herzogs übertragen werden könnte. Aber selbst wenn man — wovon mit Recht Abstand genommen werden ist — Herrn Meyer mit der Durchführung dieser Rolle betraut hätte, was wäre dann aus Sebastian geworden? Eine noch mäßiger, farblösere Darstellung, als sie ihm durch Herrn Meyer zu Theil wurde, hätte über diesen edlen und feurigen Jungling keinesfalls verhängt werden dürfen. Der Schiffshauptmann Antonio hätte als durch Herrn Molnar genügend dargestellt gelten können, wenn nicht die zum Theil absolut unverständliche Aussprache desselben den schärfsten Tadel herausforderte. Dieser Fehler ist an Herrn Molnar nun schon so nachdrücklich gerügt worden, daß der Darsteller hinreichend Veranlassung gehabt hätte, ernstlich an dessen Abstellung zu denken. Hört denn das nicht die Regie bei den Proben, und erachtet sie es nicht für ihre Aufgabe, die Minnitenden auf die Notwendigkeit eines ordentlichen Studiums der Aussprache hinzuweisen? Warum spricht denn der Oberleiter des Schauspiels, Herr Brandes, so deutlich, daß man jedes Wort verstehen kann? Warum spricht Herr von Fischer, der Regisseur des Schauspiels, wie Demand, der regelrecht sprechen und declamieren gelernt hat? Und warum muß trotzdem bald bei diesem und bald bei jenem Darsteller die ungenügende Ausbildung der Sprechtechnik bemängelt werden? Freilich sollte eigentlich Niemand auf die Bühne kommen, der die Elemente der Schauspielkunst nicht beherrscht. Wenn aber dennoch Kräfte im Personal vorhanden sind, die in dieser Beziehung eine Lücke haben, so sollte man Alles aufzulösen, diese Lücke so schnell wie möglich auszufüllen. Wieviel ist bei der vorgestrittenen Vorstellung ohne Eindruck abgefallen, nur weil es — ich spreche nicht mehr von Herrn Molnar allein — nicht gehörig verstanden werden konnte!

In ähnlicher Lage, wie Herr Rosemann in seiner Rolle als Herzog, befand sich Fräulein Schwarzenberg in der ihrigen als Olivia. Auch hier machte sich der Mangel einer jugendlichen Liebhaberin von so vorgeschriebener Ausbildung, daß sie an der Olivia ihr Talent hätte erproben können, allzu bemerkbar. Im Übrigen versuchte Fräulein Schwarzenberg die Figur der stolzen Edel-dame nach den Intentionen des Dichters zu zeichnen. Die Übe-

legenheit ihrer Erscheinung, die sich in einer im höchsten Sinne des Wortes distinguirten Haltung offenbaren muß, kam jedoch nicht voll zum Ausdruck. Daß die Künstlerin bis zur Trauungs-scene in der Tracht tiefster Trauer einhergeht, ist durchaus nicht nötig. W. Dechelhäuser macht in seiner „den darstellenden Künstlern“ gewidmeten Bearbeitung von Shakespeare's Dramen die Bemerkung, daß, wenn Olivia auch im ersten Act (wo sie ja den toten Bruder beweint) in tiefster Trauer erscheint, die Abzeichen derselben mit dem Fortschreiten ihrer Leidenschaft für Viola immer mehr verschwinden sollen, bis sie zur Trauung mit Sebastian vrächtig geschrückt erscheint. Der Vorschlag scheint beherzigenswerth.

Die schwierigste unter den weiblichen Rollen, die der Viola, lag in den Händen des Fräulein Bormann. Viola-Cesario ist ein anmutiges Gemisch von Witz, Gemüth, Schalkhaftigkeit, Verstand, Humor, Liebenswürdigkeit, entzückend-fähiger und hoffnungsfroher Liebe und Allem, was dem Wesen eines interessanten Weibes einen neuen Reiz hinzuzufügen vermag. Hundert Stimmungen wollen bei Darstellung dieser Rolle zum Ausdruck gebracht werden, je nach den Situationen, deren Verschiedenheit durch die Verkleidung nur noch erhöht wird. Nur einzelne Seiten des Charakters Viola's vermöchte Fräulein Bormann ansprechend auszufestalten. Es waren hauptsächlich die, bei denen die echt weibliche Empfindungssphäre in Frage kam. Die Keckheit

eine Ersparnis erzielt werden. Endlich gedenkt der Minister, falls diese Maßregeln nicht genügen sollten, eine Erhöhung der Alkohol-Steuern zu beantragen.

Paris, 11. Jan. [Prinz Victor] empfing gestern Vormittag die Präsidenten der imperialistischen Comités des Seine-Departements, die ihm von den Herren Paul de Cassagnac und Marius Martin vorgestellt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden folgende Reden gehalten:

Paul de Cassagnac sprach:

"Monseigneur! Durch Ihr Vertrauen an der Spitze des imperialistischen Comités des Seine-Departements erhalten, habe ich die Ehre, Ew. kaiserlichen Hoheit deren Präsidenten vorzustellen. Sie begrüßen in Ihnen das Kaiserreich, dessen ruhmvoller und unvergängliches Erbe der kaiserliche Prinz Ihnen hinterlassen hat. Und sie beauftragten mich, Ihnen den Ausdruck ihrer Hingabe und Treue zu erneuern."

Prinz Victor erwiederte:

"Meine Herren! Ich bin sehr gerührt von dem Schritte, den die imperialistischen Comités von Paris anlässlich des Jahreswechsels bei mir thun. Ihr Präsident, der seinen Titel und sein Mandat Ihnen freien Stimmen verdant, ist Ihr natürlicher Dolmetsch, und ich danke ihm für die Gefühle der Hingabe, die er mir in Ihrem Namen ausdrückt. Ich weiß, daß das Land auf Männer zählen darf, die, wie Sie, fest überzeugt sind, daß ein Land auf Männer zählen darf, die, wie Sie, fest überzeugt sind. Ich nehme Ihre Wünsche mit Dankbarkeit und Zuversicht entgegen. Ihre Sache wird jeder Zeit die des Volkes bleiben: unsere Rechte und unsere Interessen sind dieselben, sie können ihren gemeinschaftlichen Triumph nur von der direkten Kundgebung des allgemeinen Stimmrechts erwarten. Außerhalb des allgemeinen Stimmrechts und der Napoleons, deren Grundsatz und Stärke es jeder Zeit gewesen ist, könnte man in der That nur Aushilfsmittel von geringer Dauer finden. Die endgültige und Frankreich würdige Lösung kann nur dem Appell an das Volk entstammen."

Provinzial-Beitung.

Breslau, 13. Januar.

Die in der letzten Stadtverordneten-Versammlung vollzogene Wahl des Amtsgerichtsraths Mühl hierselbst als besoldeten Stadtrath der Stadt Breslau erregt das Missfallen des hiesigen Correspondenten der Berliner „Post“. Derselbe macht in einer Correspondenz vom 11. Januar das von ihm bediente Blatt glauben, daß die Wahl Mühl ein politischer Parteiacht sei, indem er den Genannten bei der „Post“ zunächst als einen „guten Fortschrittsmann“ einführt. Dann aber glaubt der Correspondent, seinem Blatte mittheilen zu müssen, daß sich Herr Mühl um die Stelle nur „in Folge der Anregung seitens eines Herrn beworben haben soll, dessen Einfluss auf unsere städtischen Angelegenheiten, obwohl er in der Communalverwaltung nur als Stadtverordneter fungirt, der weitestgehende ist“. Wenn der Correspondent des Berliner freiconservativen Blattes etwa glaubt, mit der Bezeichnung des Herrn Mühl als eines „guten Fortschrittsmanns“ die Bestätigung der Wahl desselben hintertreiben zu können, so brauchen wir wohl nicht zu sagen, wie wir über diese Absicht seiner Correspondenz urtheilen. Ob Herr Mühl tatsächlich ein „guter Fortschrittsmann“ ist, wissen wir nicht; wahrscheinlich wird auch kaum ein Dutzend unter den 54 Stadtverordneten, welche Herrn Mühl ihre Stimme gaben, wissen, welcher politischen Partei derselbe angehört. Herr Mühl ist gewählt worden — und damit berichtigten wir den anderen Theil der Behauptung des Correspondenten —, weil sämtliche Rechtsanwälte der Versammlung, die ihn als einen tüchtigen, für den städtischen Dienst vermöge der Schärfe seines Urtheils, seiner Arbeitskraft und der gewinnenden Umgangsformen im Verkehr mit den Parteien sehr geeigneten Mann kannten, ihn dem Wahl- und Versäffungsausschuss als Candidaten für den erledigten Stadtrathsposten empfahlen. Es ist daher unwahr, wenn behauptet wird, Herr Mühl habe sich auf Anregung eines einzelnen Stadtverordneten um die Stelle beworben. Der Correspondent der „Post“ hält sich auch darüber auf, daß man dem Neugewählten sofort eine persönliche Zulage von 1500 M. bewilligt habe. Es ist dies einfach deshalb geschehen, weil Herr Amtsgerichtsrath Mühl den Staatsdienst nicht quittieren könnte, wenn mit dem Übertritt in den Communaldienst für ihn eine finanzielle Verschlechterung verbunden wäre, was durch jene persönliche Zulage verhindert werden soll, die angeblich des Nutzens, den die Stadt aus einer tüchtigen und umstiftigen Arbeitskraft zieht, wahrlich nicht ins Gewicht fallen kann.

— Die zwischen der Königl. Regierung und dem Presbyterium der hiesigen reformirten Hofkirche geführten Verhandlungen, betreffend die Verstaatlichung des Königl. Friedrichs-Gymnasiums, sind nunmehr zum Abschluß gebracht worden. In der am Dienstag, den 12. d. Mts., Nachmittags 6 Uhr, stattgehabten Sitzung des

Presbyteriums wurde der in einer Vorverhandlung zwischen dem Director des hiesigen Provinzial-Schulcollegiums, Herrn Geh. Rath Dr. Willbenow, und den beiden Mitgliedern des Presbyteriums, Herrn Pastor Dr. Elsner und Herrn Geheimer Regierungsrath Dr. Siegert unter Hinzuziehung des Herrn Rechtsanwalts Kirschner vereinbarte Vertrag, auf Grund dessen das Friedrichs-Gymnasium auf den Staat übergehen soll, einstimmig angenommen. Die Gültigkeit dieses Vertrages bleibt jedoch von der Genehmigung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten abhängig. Selbst wenn diese Genehmigung ertheilt worden ist, wird der Vertrag noch hinfällig, sofern die Landesvertretung ihre Zustimmung zur Übernahme der Anstalt auf den Staat verweigern sollte. Sicherem Vernehmen nach ist bereits der Entwurf für das Friedrichs-Gymnasium in den preußischen Staatshaushaltsetat eingestellt worden. Auf Grund des oben erwähnten Vertrages, der 14 Paragraphen umfaßt, geht die in Rede stehende, bisher blos den Namen eines Königlichen Gymnasiums führende höhere Unterrichts-Anstalt nebst sämtlichen dazu gehörigen Stiftungen mit dem 1. April d. J. auf den Staat über und wird somit von da ab Königliche Anstalt. Von diesem Zeitpunkte ab hören die Rechte und Besitznisse auf, welche dem Presbyterium der reformirten Hofkirche als Patronats-Behörde und deren Organen seither zugestanden haben, insbesondere geht das Berufungsrecht der Lehrer und der Beamten der Anstalt, sowie das Aufsichtsrecht über die Vermögens-Verwaltung auf den Staat resp. dessen Behörden über. Als Eigentum des Gymnasiums werden dem Staat übergeben: das Anstaltsgebäude, 142 039 Mark 8 Pf. an Dispositions-Capitalien, außerdem zahlreiche Fundationen, Legate, Stipendien-Fonds und verschiedene, zu einem Pensions-Fonds angemalte Capitalien. Das zwischen der Hofkirche und dem Anstaltsgebäude liegende sogenannte „Zweite Predigerhaus“ bleibt, wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, im Besitz der reformirten Gemeinde, nur willigt das Presbyterium darin ein, daß der durch dieses Haus nach der Karlsstraße führende Durchgang, sowie der zwischen dem Hause und dem Anstaltsgebäude liegende Hofraum vom Gymnasium benutzt werden darf. Die Verzichtleistung des Presbyteriums auf seine bisherigen Patronatsrechte bleibt an die Bedingung der Aufrechthaltung der Christen des Gymnasiums als „Königl. Friedrichs-Gymnasium“ geknüpft, sofern nicht zwingende öffentliche Gründe, die mit der Entwicklung des staatlichen Unterrichtswesens zusammenhängen, eine Änderung des stiftungsmäßigen Zweckes der Anstalt notwendig machen, sowie an die dem Staat obliegende Erfüllung der stiftungsmäßigen Zwecke und Bedingungen, welche in Bezug auf die Verwendung einzelner Legate und Vermögensstücke des Gymnasiums überhaupt und namentlich für die reformirte Kirche gestellt sind, resp. bestehen, und außerdem noch an die weitere Bedingung, daß wie bisher den Söhnen der Prediger der reformirten Gemeinde und auch den Söhnen der Mitglieder des Presbyteriums nach wie vor Immunität in Ansehung des Schulgeldes und zwar auch in der Vorschule gewährt wird. Außerdem soll der jetzige Rendant der Hofkirche die Rendantur des Gymnasiums auch nach erfolgter Übergabe der Anstalt an den Staat besorgen, so lange er sein Hauptamt an der Hofkirche bekleidet. Mit der Übernahme des Gymnasiums seitens des Staats treten sämtliche Lehrer und Beamten der Anstalt in die Kategorie der unmittelbaren Staatsbeamten; das Presbyterium wird natürlich von allen Verpflichtungen, die es als Patronatsbehörde bisher gegen das Gymnasium, wie gegen die Lehrer und Beamten zu erfüllen hatte, entbunden. — Wie uns noch mitgetheilt wird, hat sich bei den Verhandlungen ergeben, daß ein bei dem Gymnasium verwaltetes, ansehnliches Stiftungs-capital, dessen Steuern an die Verwaltung des Gymnasiums durch das Presbyterium geknüpft waren, nach erfolgter Übernahme des Gymnasiums durch den Staat auf die Stadtkommune übergeht.

— Der Gastwirth-Verein der Grafschaft Glatz hat im Anschluß an die Petitionen sämtlicher Interessenten in Deutschland beschlossen, gegen das in Aussicht genommene, die Christen der Spiritus-Branche bedrohende Branntwein-Verkaufsmonopol bei dem Reichstage durch den Abgeordneten des Wahlkreises Herrn Baron von Höhne um die Ablehnung des Monopols zu petitionieren, und erucht alle Interessenten dringend, die Petition, welche an dem nachstehend benannten Orten ausliegt, bis 18. Januar c. zu unterschreiben, oder den Vorsitzenden des genannten Vereins, Herrn Leopold Ascher in Glatz, damit durch Postkarte zu beauftragen. Die Petition liegt aus: In Glatz in der „Taberne“, in Habelschwerdt bei Herrn

buntstechiger Anzug und das Übersezen des rechten Beins über das linke beim Stehen allein einen Shakespeare'schen Narren mächtet, so hätte Herr Germann allen billigen Ansprüchen genügt. Den starken gesanglichen Theil der Rolle ließ man bis auf das unverständlich gesungene Lied in der Trintscene des zweiten Actes fallen. Auch gut. Aber wenn das Eine nicht ist, sollte das Andere sein. Der Narr, der nicht singt, sollte uns um so mehr durch sein Spiel schadlos halten. Von Rechts wegen hätte Herr v. Fischer den Narren spielen sollen, weil er unter den obwaltenden Verhältnissen das einzige Mitglied des Schauspiel-Ensembles ist, das dem schauspielerischen Theile der Rolle gewachsen erscheint. Aber dann hätte man die Rolle des Malvolio ganz streichen müssen. Am besten war Herr Germann noch, als er im letzte Acte vor Malvolio's Verließ einen puritanischen Geistlichen parodirte. Die Herren Will und Thomas (Christoph) von Bleichenwang zur Heiterkeit des Publikums jedenfalls am meisten bei. Herr Will war derbkomisch wie immer, Herr Thomas gab den hohlfüßigen Tant Bleichenwang, die Caricatur eines Edelmans, im Allgemeinen ganz zutreffend. Nicht leicht wird man den Darstellern beider Rollen ein Zuviel von dem Aufgebot drastischer Komik vorwerfen können; denn sie sind berufen, zu den Gestalten des Herzogs, Olivia's, Viola's u. den Contrast zu bilden. Der dritte Ausbund von Schelmerei, der mit Tobias und Christoph unter einer Decke steht, Maria, wurde von Frl. Jenke mit guter Laune dargestellt. Aber doch fehlte ihrem Kammerkäschchen jene übersprudelnde Freude an tollen Späßen, jener Überschuß an Lustigkeit, der sie dem Herzen des tollen Tobias so werth macht, daß er sie schließlich, eine würdige Gesinnungsverwandte, zur Frau nimmt, wie dies bekanntlich ganz am Ende des Stükcs von Fabio constatirt wird. Eine Angewohnheit der talentvollen Darstellerin, die an dieser Stelle bereits einmal gerügt wurde, fiel wiederum unliebsam auf: es ist das lange Ausziehen der Silben, wodurch in den Vorträgen ein beinahe weinerlicher Grundton hineinkommt, der gerade zu dem Wesen Maria's durchaus nicht paßt. Keck, frisch und geweckt ist das Mädel; rasch und entschieden muß es auch sprechen. Wer allezeit so lustig und fidel in den Tag hineinredet, wie Maria, hat wahrlich nicht die Zeit, an den einzelnen Silben kleben zu bleiben.

Das Zusammenspiel, an dem an allen Ecken und Enden zu feilen gewesen wäre, hätte namentlich in der letzten großen Scene glatter sein können. Hier laufen die verschiedensten Fäden der viel-

verzweigten Handlung zusammen, und zu richtiger Wirkung gelangt die Darstellung nur dann, wenn auch äußerlich Alles ohne die geringste Stockung oder Schwierigkeit in einander greift. Die Bearbeitung, welcher die Aufführung folgte, rührte nach Angabe des Zettels von Georg Richard Krause her. Derselbe hat von den 19 Scenen der Komödie, welche, wenn man sie streng nach dem Original spielen wollte, einen 17maligen Scenewchsel nötig machen, zusammengelegt, was sich irgendwie zusammenrügen lassen wollte, und wie sollte dem ein lebloses Ding Widerstand leisten? Wir sehen uns im Zimmer des Herzogs, in einem solchen der Herzogin, im Uebrigen spielt sich Alles vor dem Hause Olivia's, an der Straße, und, wenn man Phantasie genug besitzt, eine Laube für einen Garten zu halten, in oder vor oder an dem Garten Olivia's ab. Sogar der Herzog läßt sich im 1. Act, anstatt in seinem Zimmer, auf einer Bank, drei Schritt von der besagten Laube, Musik vorspielen und sendet von dort aus einen Boten zu Olivia. Nicht nur um der stimmungsvolleren Wirkung willen, sondern schon deshalb, um den Anschein zu vermeiden, als lasse der Herzog Olivie ein Ständchen bringen, sollte man die erste Scene im Zimmer Orsino's belassen. Ganz am unrechten Orte war die Mobilisierung der Statisterie zu Ende des vierten Actes (an das übrigens der letzte Act unmittelbar angeknüpft wurde), nämlich bei Gelegenheit der Trauung Olivia's mit Sebastian. Diese Trauung vollzieht sich eilig und heimlich. Wo in aller Welt kommen da die Hochzeitsgäste her und was sollen sie? Das ganz müßige Aufgebot des choristischen Heerbanns an dieser Stelle hat denn auch nicht verfehlt, etliche Zuschauer mit Heiterkeit zu erfüllen, um so mehr, als der Aufzug nichts weniger als so vornehm aussah, wie die Hochzeitsgäste der reichsten Edeldame des Landes Illyrien bei einer derartigen festlichen Gelegenheit hätten aussehen müssen.

Die Musik von Schubert,^{*)} welche man, wie auch anderwärts schon geschehen, mit der Komödie verbunden, kann man sich gefallen lassen, obwohl sie nicht zu allen Partien des Stükcs passen will. Da aber nur zweimal während des Abends von der Bühne herab mit Musikbegleitung gesungen wurde, leistete das Orchester eigentlich nur Zwischenaktsmusik.

Karl Vollrath.

^{*)} Sie ist für „Rosamunde“ komponiert, ein Schauspiel von Wilhelmine von Chézy, welches mit dieser Musik am 20. December 1823 zum ersten Male aufgeführt wurde. Die Ouverte ist jetzt als „Alfonso und Eirella“ gehörig publicirt. Die Musik umfaßt drei „Entacte“, zwei Ballettmusikstücke, ein Hirtentück, ein Lied für Soprano und 3 Chöre.

Brennereibesitzer F. Sterz, in Landeck bei Herrn Restaurateur Th. Blümel, in Lewin bei Herrn Kaufmann Hentschel, in Mittelwalde bei Herrn Kaufmann H. May, in Neurode bei Herrn Kaufmann R. Benedix, in Reinerz bei Herrn Hotelbesitzer Eiche.

— Die Petition der Hirschberg-Schönauer Spiritus-Industriellen ist am Sonnabend seitens des Reichstagsabgeordneten Dr. Barth im Reichstage überreicht worden. Herr Dr. Barth schreibt, wie der „B. a. d. R.“ meldet, mit Bezug darauf:

„Die mir gütig übermittelte Anti-Branntweinmonopol-Petition habe ich heute dem Bureau des Reichstages übergeben. Es bedarf wohl keiner besonderen Versicherung meinerseits, daß ich auf das Erfolge bemüht sein werde, die Einführung des Monopols zu verhindern. Die Einzelheiten des Projects, wie sie heute in der Nord. Allgem. Itg. mitgetheilt sind, reichtigeren Alles, was selbst der schlimmste pessimismus für möglich hält. Der Entwurf verpricht, alle schlechten Eigenschaften der jetzt herrschenden Wirtschafts- und Finanzpolitik in einem Musterbild zu vereinigen.“

— Die Petition gegen das Branntweinmonopol hat auch in Neisse und Umgegend zahlreiche Unterschriften gefunden.

Statistische Nachweisung
über die in der Woche vom 27. December 1885 bis 2. Januar 1886 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge in den wichtigsten Großstädten und den deutschen Städten von mehr als 40000 Einwohnern.

| Namen der Städte. | Grunder per Tausend Bewohner auf 1000 Einwohner | Namen der Städte. | Grunder per Tausend Bewohner auf 1000 Einwohner | Namen der Städte. | Grunder per Tausend Bewohner auf 1000 Einwohner | | | |
|-------------------------|---|-------------------------|---|-------------------------|---|------------------|------|------|
| London . . . | 14 083 | 26,5 | Dresden . . . | 241 | Braun- schweig . . . | 83 | 24,3 | |
| Paris . . . | 2 239 | 23,8 | Odessa . . . | 194 | 34,5 | 79 | 23,3 | |
| Berlin . . . | 1 263 | 23,0 | Brüssel . . . | 171 | 26,6 | 75 | 29,6 | |
| Petersburg . . . | 929 | — | Leipzig . . . | 168 | 24,3 | 70 | 29,7 | |
| Wien . . . | 769 | 25,5 | Königsberg . . . | 157 | 36,9 | 64 | 30,9 | |
| Hamburg . . . | 454 | 30,8 | Frankfurt am Main . . . | 147 | 21,1 | 56 | 28,5 | |
| incl. Vororte | 429 | 34,7 | Benedig . . . | 145 | — | Frankfurt | — | |
| Budapest . . . | 404 | 30,8 | Danzig . . . | 119 | 37,5 | a. d. Oder . . . | 54 | 30,3 |
| Warschau . . . | 324 | 26,9 | Magdeburg . . . | 109 | 30,1 | Görlitz . . . | 54 | 25,0 |
| Rom . . . | 295 | 27,1 | Chemnitz . . . | 106 | 33,8 | Duisburg . . . | 44 | 52,3 |
| Prag . . . | 272 | 34,5 | Stettin . . . | 102 | 25,0 | München . . . | 44 | 18,9 |
| München . . . | 244 | 23,7 | Gladbach . . . | — | — | Münster . . . | 36,0 | — |

Außerdem haben noch eine hohe Mortalitätsziffer: Bochum 40,9, Altona 38,0, Münster 36,0.

— Die ältesten Volksschullehrer der Provinz Schlesien, von denen einige weit über ein halbes Jahrhundert sich mit der Erziehung der Jugend befassen, sind nach den angestellten Ermittlungen bis auf ein kleines Häuflein zusammengezogen. Einer der ältesten, sich noch im Amt befindend, ist, wie man dem „Ob. Anz.“ schreibt, der Hauptlehrer Paul Wezzer zu Deutsch-Krawarn, Kreis Ratibor. Derselbe ist seit dem Jahre 1824 nach dem Verlassen des Seminars zu Ober-Glogau ununterbrochen in Amt und hat somit das goldene und diamantene Lehrer-Jubiläum gefeiert. Als zweitältester ist der durch seine Privat-Präparanden-Anstalt bekannte Hauptlehrer Josef Wolfgang Kräcker zu Krappitz, der anlässlich seiner Verdienste für Musiz den Titel Königl. Musikdirektor erhielt und Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens wie des Kronenordens 4. Klasse ist. Er dient seit 1830, nachdem er das Seminar zu Ober-Glogau verlassen. Der Jubilar Carl Waszus zu Gubben, Kreis Steinau a. O., verließ das Seminar zu Breslau 1829. Nachstehende Herren, die schon ihr goldenes Jubiläum gefeiert haben, sind noch zu nennen: Hauptlehrer Franz Prosek in Gleiwitz und Wilhelm Welzel zu Langenbrück, Kreis Neustadt, beide Inhaber des Hohenzollern'schen Haussordens, befinden sich seit 1832 im Amt. 1833 verließ der Hauptlehrer Anton Bleisch zu Krinitz, Kreis Neumarkt, die Anstalt zu Breslau. Einer der ältesten Lehrer von Schlesien, vielleicht von ganz Deutschland ist der seit 2 Jahren aus dem Amt ausgetretene Hauptlehrer Josef Meissner zu Kunzendorf, Kreis Neubode, Inhaber mehrerer Orden, im Amt von 1819 bis 1884. Er war der letzte Lehrer aus dem ehemaligen Seminar zu Schlegel.

* Vom Stadttheater. Die „Don Carlos“-Vorstellung beginnt, wie bereits gemeldet, ausnahmsweise um 6 Uhr.

* Lobe-Theater. Am nächsten Sonnabend kommt das Lustspiel „Der Badearzt“ hier zur Aufführung, dessen Autor, oder wie man glaubt, dessen Autoren sich bisher in dem Schleier der Anonymität gehüllt haben. Man darf sich, wie uns versichert wird, einen heiteren Abend von dieser Aufführung versprechen, da das Thema des Lustspiels ein sehr zeitgemäßes ist.

* Das Concert von Ladislav Mierzwinski wird am Donnerstag, den 21. im hiesigen Concerthaus stattfinden. In dem Concert wird der Claviervirtuose Herr Georg Liebling mitwirken. Herr Mierzwinski wird den größeren Theil der Programmnummern seines Concerts selbst aufführen und einige der bedeutendsten Arien seines Repertoires singen.

* Kunstnotiz. Im Gemälde-Salon von Theodor Lichtenberg in der Schmidnitzerstraße wurde gestern eine ganze Reihe von Aquarell-Portraits des Malers Burda aus Berlin (gegenwärtig in Breslau anwesend) auf-

Flügel'scher Gesangverein. Rubinstein's „Verlorenes Paradies“.

gestellt. Uhde's Bild: "Lasset die Kindlein zu mir kommen" gibt den Kunstfreunden noch immer Gelegenheit, ihre Zustimmende und gegentheilige Ansicht auszusprechen. Dasselbe bleibt nur noch eine Woche ausgestellt. — Wir machen wiederholter darauf aufmerksam, daß diese Ausstellung auch Abends von 5 bis 7 Uhr bei Beleuchtung geöffnet ist, was bei der jetzt so dunklen Tagesbeleuchtung gewiß für manchen Kunstreund von Werth ist.

* Theodor Hofferich, unser früherer Mitbürger, bekanntlich jetzt Prediger der freireligiösen Gemeinde in Magdeburg, ist, wie wir hören, bedenktlich erkrankt.

* Promotion. Wegen Erlangung der philosophischen Doctormühre wird Herr Ernst Dörsch aus Ostromecko am Freitag, den 15. d. M., Mittags 12 Uhr, seine Inaugural-Dissertation: "De civitatis Romanae apud Graecos propagatione" im Mußsaale der hiesigen Universität öffentlich vertheidigen. Als Opponenten fungiren die Herren Cand. prob. Paul Bürger und Cand. phil. Oswald Kögler.

=β= Petition der Neuphilologen an den Reichskanzler. Die Neuphilologen beabsichtigen, demnächst im Interesse des erfolgreichen und erlöschenden Studiums der neueren Sprachen an den Reichskanzler Fürsten Bismarck eine Petition beuhis Gründung je eines Instituts für das Studium der neueren Sprachen in Paris und London abzusenden. Dieselbe solle möglichst von allen deutschen Fachgenossen unterzeichnet werden. Der hiesige Akademische Verein für neuere Philologie lädt alle dem Studium der neueren Philologie ergebenen Commissarien beuhis Besprechung über diese Petition zu einer allgemeinen Versammlung auf Sonnabend, den 16. d. Mts., Abends 6 Uhr, in das Auditorium V der Universität ein, indem er hervorhebt, daß eine möglichst zahlreiche Beteiligung im Interesse der Sache erwünscht sei.

* Verband deutscher Handlungsgesellschaften. Unter den über ganz Deutschland verbreiteten Vereinen, welche soziale und humanitäre Zwecke verfolgen, nimmt der Verband deutscher Handlungsgesellschaften zu Leipzig wohl eine der ersten Stellen ein. Nicht allein, daß derselbe die Kaufmännischen Angestellten aller Branchen, gleichviel an welchen Orte sie in Deutschland ihren Wohnsitz haben, in sich aufnimmt, er ist auch thatfächlich der einzige größere kaufmännische Verein, der eine so große Anzahl von Einrichtungen hat, die in materieller und intellektueller Beziehung für den ganzen Kaufmannsstand von Bedeutung sind. Der Verein betreibt Stellenvermittelung, gewährt seinen Mitgliedern Unterstützung bei Stellenlosigkeit und freien Rechtschutz, giebt brieflichen Unterricht in kaufmännischen Wissenschaften, hat eine gut fundierte Krankenfassung und krönt nun jezt sein Werk durch die vor kurzer Zeit errichtete, mit einem Grundkapital von mehr als 20000 Mark vereinigte Witwen- und Waisen-Pensionskasse. Dass Angefangen dieser in vier Jahren geschaffenen Einrichtungen die Sympathie der Kaufleute nicht ausgeblieben ist, beweist, daß der Verband deutscher Handlungsgesellschaften heute nahezu 8000 Mitglieder, darunter über 50 stiftende und außerordentliche Mitglieder (Principale) zählt, die sich in über 80 Kreisvereine gliedern. Der hiesige Kreisverein, welcher in jüngster Zeit an Mitgliedern stark zunommen hat, hält seine Versammlungen jeden Donnerstag im Café restaurant ab. (Siehe Inserat.)

=γ= Wasserförderung und Verbrauch. Der Bestand an Wasser betrug am 1. December 1885 3960 kbm., im Laufe des Monats December wurden gefördert 580 592 kbm. (täglich im Mittel 18 729 kbm., im Maximum 21 110 kbm., im Minimum 15 783 kbm.). Der Verbrauch betrug überhaupt 580 711 kbm. (täglich im Mittel 18 733 kbm., im Maximum 21 400 kbm., im Minimum 15 651 kbm.). Die Maschinen befanden sich im Betriebe 830 Stunden 55 Minuten (im Mittel also 26 Stunden 48 Minuten, im Maximum 30 Stunden 19 Minuten, im Minimum 21 Stunden 59 Minuten).

* Unglücksfälle. Der auf dem Centralbahnhofe beschäftigte Schlosser Reinhold Zimmer fiel heute Vormittag von einem Eisenbahnwagen herab und zog sich hierbei eine schwere Kopfwunde sowie eine Gelenkerschleuderung zu. — Der Viehschleifer Gottlieb Kusche aus Pannwitz, Kreis Trebnitz, wurde von einem Bullen, den er zu beaufsichtigen hatte, mit den Hörnern erfaßt und derartig gegen eine Wand geschleudert, daß er einen Armbusch rechterseits und eine schlimme Quetschung der Brust erlitt. Bei seiner Arbeit an der Seidenmaschine gestiegt der Schlosser Ernst Matzke aus Ottewitz, Kreis Breslau, unter das Messer und bühte dabei sämtliche Finger der rechten Hand ein. — Beim Holzspalten sprang dem Arbeiter Wilhelm Tretschok aus Maselwitz die Art ab, flog ihm gegen die linke Hand und fußte ihm eine schlimme Wunde zu. — Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder.

+ Tod durch Vergiftung. Die auf der Matthiasstraße wohnhafte 30jährige Schuhmacherfrau Emma K. ist am 12. d. M. an den Symptomen einer Vergiftung plötzlich verschieden. Einem sofort herbeigerufenen Arzt war es nicht mehr möglich, der bereits Sterbenden Hilfe zu bringen.

+ Uebersahren. Am 11. d. M. kam ein Kutscher aus der Kippeischen Brauerei mit einem mit Bierfässern beladenen Wagen die Friedrich-Carlsstraße entlang gefahren, als unweit der Kurzen Gasse die beiden vorgespansnen Pferde plötzlich scheu wurden und durchgingen, den Bierwagen hinter sich herziehend. Zu derselben Zeit kam nun auch das Dienstmädchen des in der Neuen Kirchstraße wohnhaften Buchhalters Geppert mit einem Handschlitten, in welchem das 21-jährige Söhnchen ihrer Dienstherrschaft saß, derselben Weges gefahren, ohne jedoch im Stande zu sein, den die Straße entlang rasenden Pferden auszuweichen. Der kleine Handschlitten wurde von den wilden Thieren umgerissen und eine kurze Strecke weiter geschleift. Das Dienstmädchen kam bei diesem Unglücksfall mit dem bloßen Schreken davon, der Knabe jedoch war aus dem Schlitten geschleudert worden und hat nach ärztlichem Befunde durch den Hufschlag eines der Pferde eine bedeutende Verletzung an der Stirn erlitten.

+ Verhaftung eines Betrügers. Der bereits wegen Unterschlagnung vorbestrafte Handlungskommiss Kieper befand sich vor einiger Zeit

in einer Buchhandlung auf der Lauensteinstraße in Stellung, woselbst er als Stadtreisender mit dem Verschleiß eines juristischen Buches mit dem Titel „Der Rechtsanwalt im Hause“ beauftragt war. Der Genannte besuchte verschiedene Familien und verkaufte so eine bedeutende Anzahl dieser Bücher. Jetzt nun, nachdem er aus der erwähnten Buchhandlung entlassen war, begab er sich aufs Neue zu denjenigen Personen, die ihm solche Bücher abgekauft hatten, und forderte sich die inzwischen gelieferten Bücher wieder ein, unter dem Vorbehalt, daß noch einige Seiten Text nachgeliefert werden seien, und diese in das bereits verkaufte Werk eingeheftet werden sollten. Ueberall wurde seinem Verlangen auch bereitwillig entsprochen. Die auf diese Weise erhaltenen Bücher verkaufte er alsdann und zwar in seinem eigenen Namen an andere Personen weiter. Das Betrugsmänöver gelangte indes zur Kenntnis der Behörde, in Folge dessen die Festnahme des Schuldbigen erfolgte. Obgleich sehr viele der geschädigten Bücherhaber bekannt sind, so ergeht an alle diejenigen Betroffenen, die über ihren Verlust noch keine Anzeige gemacht haben die Aufforderung, sich baldigst im Polizei-Präsidium Bureau Nr. 12 zu melden.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen: einem auf der Breitestraße wohnhaften Kaufmann und Inhaber einer Verkaufsstelle von Postwertzeichen ein außerhalb seines Geschäftsräums angebrachtes, amlich geliefertes Metallschild mit der Aufschrift: „Amtliche Verkaufsstelle für Postwertzeichen“ mit Kaiserkrone und Posthorn; einem Handelsmann von der Neuerortstraße ein vor seiner Ladenthür ausgebügelter schwarzer Überzieher; einer vermittelten Posamentierwarenhändler von der Sadowstraße mittels Anwendung von Nachschlüsseln aus ihrem Verkaufsladen zwei Geldschwingen, enthaltend 35 Mark, eine goldene Damenuhr mit kurzer Nadelkette und zwei goldene Trauringe mit der Inschrift E. G. und A. G.; einem Böttchergefäß von der Friedrich-Wilhelmsstraße ein Paar langstädtige Stiefe; einem Fräulein von der Sadowstraße ein Dutzend Döllas-Schürzen mit bunter Kante; einem Kaufmann von der Ohlauerstraße ein auf Feder ruhender zweitäliger Handwagen. — Abhanden gekommen: der Frau eines Kaufmanns von der Agnesstraße ein Netzmuß, und einem Fräulein von der Palstrasse eine doppelte rothe Korallenfalte. — Gefunden wurde ein Stück Wollatlasfutter und zwei Pferdedecken. Die gefundenen Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

(Wald. Woch.) Waldenburg, 12. Jan. [„Naturalisirungsfeier.“] So nannte in einem Festliede der Verfasser derselben ein gemütliches Zusammensein, welches auf Veranlassung zweier Vorstandsmitglieder von der „Neuen Bürger-Ressource“ am Sonnabende in den festlich geschmückten Räumen der „Görlauer Halle“ stattfand und woju wohl gegen 100 Personen, Damen und Herren, erschienen waren. Der Gesetzter war der Photograph Tazelt hier selbst, der Mitglied des gedachten Vorstandes ist und als solches die Interessen der Ressource eifrig fördert. Veranlassung zu der in Rede stehenden Feier hat der Umstand gegeben, daß Herr Tazelt, welcher in Böhmen geboren, die Aufnahme in den preußischen Unterthanenverband nachgesucht und ihm dieselbe gewährt worden ist. Zur Eröffnung der Feier brachte der Vorsitzende der Ressource auf den Kaiser ein Hoch aus, in welches die Gesellschaft mit Begeisterung einstimmt. Hierauf feierte einer der Festgenossen Herrn Tazelt in einer gemütlich gehaltenen, mit vielen Beifällen aufgenommenen Ansprache und knüpfte daran ein Hoch auf denselben, welches die freudige Zustimmung fand. Herr Tazelt dankte der Gesellschaft mit warmen Worten für die ihm dargebrachte Oration mit der Versicherung, er wolle, nachdem er nun Preuße geworden, auch ein guter Preuße bleiben. Das gemütliche Zusammensein schloß mit einem Tänzen.

D. Liegnitz, 12. Jan. [Die Stadtverordneten-Versammlung] hielt gestern ihre erste diesjährige Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Herr Vorsitzende mit, daß Herr Warßhauer nun mehr 25 Jahre Mitglied der Versammlung ist, aus welchem Anlaß ihm eine Deputation des Magistrats, der Stadtverordneten im Namen der städtischen Behörden die Glückwünsche der Stadt ausgesprochen hätten. Die Verdienste des Jubilars um unsere Commune hervorhebend, erfuhr der Vorsitzende die Versammlung, zum Zeichen des Dankes und der Verehrung für denselben sich von den Plägen zu erheben, was geschieht. Herr Warßhauer dankte mit warmen Worten. Demnächst erstattete der Vorsitzender über die Geschäftstätigkeit der Versammlung im verflossenen Jahre Bericht. Es haben 18 Sitzungen stattgefunden, welche sämtlich beschlußfähig waren. Der Durchschnittsbesuch beträgt 8 p. St. Zur Verhandlung kamen 338 Vorlagen, davon 22 in geheimer Sitzung, durchschnittlich in jeder Sitzung 19 Vorlagen. Bei der hierauf erfolgten Rekonstitution des Büros wurden die bisherigen Mitglieder derselben fast einstimmig wiedergewählt und zwar zum Vorsitzer Herr Bitller, zum Stellvertreter Herr Matthäus, zum Protokollführer Herr Warßhauer, zu dessen Stellvertreter Herr Adler. Der Versammlung wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Provinzialabgaben für das Jahr 1885 für den Kreis Liegnitz 19 118,51 M. betragen, welche in diesem Monat mit 75 Pf. pro Mark Communalsteuer von den Verpflichteten eingezogen werden. Bewilligt wurden 1) 425,58 M. Mehrosten zur Herstellung des rechtsseitigen Bürgersteges in der Jauerstraße, 2) 1250 M. zur Herstellung eines Wasserleitungsröhres von der Jauerstraße bis zum Scheibeweg, 3) 915,50 M. für 5 decorative schmiedeeiserne Wandarbeiten und Laternen incl. der Rohrleitung zur Beleuchtung der Peter-Paul-Passage, 4) 151 M. zur Verlängerung des Gasrohrstranges in der Carlsstraße, 5) 1500 M. zur Verbesserung der Moltkestraße in dem neu angekauften Kl. Reichener Forste. Beischlossen wurde die Übernahme der Zimmerschäden als öffentliche städtische Straße unter der Bedingung der unentgeltlichen pfandfreien Übergabe, der Herstellung der Canalisation und einer Fleischshütting bei 10jähriger Unterhaltszeit derselben auf Kosten des gegenwärtigen Besitzers. Die Vorlage betreff des am 20. Mai d. J. erfolgenden Ablaufs der Wahlperiode des Herrn Stadtbaurath Becker wurde für die nächste Sitzung zurückgelegt.

(L. Alz.) Liegnitz, 12. Januar. [Ein Nachklang an das Regiments-Jubiläum.] In unserer Nachbarstadt Jauer flog am 16ten

Juli 1860 auf der Viehwiese das Pulverhaus in die Luft, gerade als ein Commando des damals dort garnisonirenden 2. Westpreuß. Inf.-Regts. Nr. 7 mit dem Einräumen von Munition beschäftigt war. Dabei fand 1 Soldat sogleich seinen Tod, 7 wurden sehr schwer und 7 andere leichter verwundet; unter diesen Letzteren befand sich der damalige Bataillons-Adjutant Lieutenant v. Heinrich. Gelegentlich des 25jährigen Jubiläums des Königs-Grenadier-Regiments hat nun Herr Oberst-Adjutant a. D. v. Heinrich, der damals verwundet Bataillons-Adjutant, Lorbeerkränze auf die Gräber der 8 Grenadiere, welche damals ihren Wunden erlagen und auf dem Friedenskirchhofe zu Jauer und dem hiesigen Kirchhofe beerdigt wurden, niederlegen lassen.

* Guben, 11. Jan. [Stadtverordnetenversammlung.] In der am Donnerstag abgehaltenen ersten diesjährigen Stadtverordnetensitzung wurden zunächst die wiederum neu gewählten Stadtverordneten durch Bürgermeister Melde unter feierlicher Ansprache in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Dernach erstattete der Stadtverordnetenvorsteher E. Bratge den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Demnächst schritt das Collegium unter Vorbehalt des ältesten Mitgliedes der Versammlung, Bäckermeister Käthchen, zur Konstituierung des Bureaus und wählte wiederum geliefertes Metallschild mit der Aufschrift: „Amtliche Verkaufsstelle für Postwertzeichen“ mit Kaiserkrone und Posthorn; einem Handelsmann von der Neuerortstraße ein vor seiner Ladenthür ausgebügelter schwarzer Überzieher; einer vermittelten Posamentierwarenhändler von der Sadowstraße mittels Anwendung von Nachschlüsseln aus ihrem Verkaufsladen zwei Geldschwingen, enthaltend 35 Mark, eine goldene Damenuhr mit kurzer Nadelkette und zwei goldene Trauringe mit der Inschrift E. G. und A. G.; einem Böttchergefäß von der Friedrich-Wilhelmsstraße ein Paar langstädtige Stiefe; einem Fräulein von der Sadowstraße ein Dutzend Döllas-Schürzen mit bunter Kante; einem Kaufmann von der Ohlauerstraße ein auf Feder ruhender zweitäliger Handwagen. — Abhanden gekommen: der Frau eines Kaufmanns von der Agnesstraße ein Netzmuß, und einem Fräulein von der Palstrasse eine doppelte rothe Korallenfalte. — Gefunden wurde ein Stück Wollatlasfutter und zwei Pferdedecken. Die gefundenen Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

- Beuthen OS., 17. Januar. [Fürstbischöfliches Siechenhaus.] Seitens der fürstbischöflichen Verwaltung in Breslau besteht die Absicht, vom 1. April beziehungsweise 1. Mai d. J. ab in den Räumen der ehemaligen Töchterchule hier selbst ein Siechenhaus einzurichten. Dasselbe soll, wie die „Beuth. Stg.“ erfährt, zunächst mit 40 Betten ausgestattet und die innere Leitung in die Hände der barmherzigen Schwestern vom Orden des heiligen Carl Borromäus gelegt werden. Wie dem bezeichneten Bilde mitgetheilt wird, hat der Magistrat Gelegenheit genommen, mit der fürstbischöflichen Verwaltung dahin in Verbindung zu treten, ob diese nicht bereit sei, sächsische Sieche bis zur Zahl 20 in die zu begründende Anstalt aufzunehmen. Die genannte Verwaltung hat sich hierzu unter annehmbar Bedingungen bereit finden lassen.

+ Hoyerswerda, 13. Jan. [Städtische Verwaltung.] Die schwere Erkrankung des hiesigen Bürgermeisters Woytisch, deren Beobachtung voraußichtlich noch einen längeren Zeitraum im Anspruch nehmen wird, hat die Heranziehung einer anderweitigen Arbeitsstelle erforderlich gemacht, da der Beigeordnete Heißler wegen der ihm als Apotheker zufallenden Aufgaben auf die Dauer nicht in der Lage ist, sich der Kommunalverwaltung ausschließlich zu widmen. In Folge dessen ist auf Grund des entsprechenden Beschlusses der städtischen Collegien von dem Herrn Regierung-Präsidenten Grafen von Bedlich-Trützschler zu Oppeln der Regierung-Supernumerar Besuch von dort beauftragt worden, sich der Unterstützung des Beigeordneten in der magistratualischen Geschäftsführung zu unterziehen und zu diesem Besuch jetzt hier eingetroffen.

* Umstadt in der Provinz. z. Katowitz. Zu dem Bau des neuen Gerichtsgebäudes hat sich der Fiscus, wie die „E. Stg.“ hört, für den Ankauf des von der Tieles-Winklerschen Verwaltung offereden Blaues entschlossen. Derselbe liegt hinter dem Wilhelmplatz. — Königshütte. In der „Kgsh. Stg.“ lesen wir: Die Verunglückten und Kranken der Bismarckhütte wurden bisher in dem Hedwigstift zu Königshütte untergebracht und verpflegt. Nachdem nun aber das Knapsack's-Lazareth in Schwientochowitz fertiggestellt und eingerichtet worden ist, werden die Bismarckhütter verunglückten resp. franken Arbeiter dahin transportirt. Zur Fortschaffung der Kranken erhält erwähnte Hütte einen neuen Krankentransportwagen. Beim Anblick derselben äußerte einer der Arbeiter: „Ich möchte den sehen wollen, der zuerst in dem Wagen fortgeschafft wird!“ Drei Wochen später befand er sich als der „erste“ Verunglückte in dem Wagen. — Landsberg. Die Fleischbeschauer-Tore ist dem „Ob. Anz.“ gefolge, mit Einverständniß der Fleischbeschauer und mit Genehmigung der Königl. Regierung zu Oppeln für die hiesigen Fleischer auf 10 Pfennig reducirt. Private müssen nach wie vor 1 Mark zahlen. — L. Lanbad. In der am 11. d. M. Abends abgehaltenen General-Versammlung des hiesigen Gewerbe-Vereins wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Kaufmann Meister (Vor.), Dr. med. Beyer (stellv. Vor.), Amtsgerichts-Sekretär Hoffmann (Schriftführer), Kaufmann Opik (Räffner) und noch 7 anderer Herren als Beisitzer, mit großer Majorität wiedergewählt. — Herr Kaufmann Meister begeht Ende dieses Monats das 25-jährige Jubiläum als Vorstehender des Gewerbe-Vereins. Die Feier dieses seltenen Ereignisses soll mit dem am 30. d. Mts. stattfindenden Sitzungsfeste verbunden werden. Der Verein zählte am Ende des vergangenen Jahres 229 Mitglieder. — + Löwenberg, Am 11. d. M. erfolgte die Abnahme, resp. Übergabe der neuangeführten Orgel in der benachbarten Neuländer Bergkirche, seitens des Fürstbischöf. Orgel-Fortsetzung in der ersten Beilage.)

man dieselben Dinge sonst und jetzt ausdrückt. Wenn Adam zum ersten Male die Augen aufschlägt, sagt er bei Richter:

O noch nie erblickte Sachen,
Die mich ganz erstarren machen,
Himmel, Erde, Thier und Meer,
Ja, das große Gottheit,
Was kommt' ich ins Gesicht?
Leb' ich oder leb' ich nicht?

und Gott antwortet ihm darauf: „So lebe denn, du Bild nach meinem Willen.“ Das hört sich curios an, und doch ist es noch immer besser, als die analoge Stelle bei Rubinstein:

Adam: „Wer bin ich? Wo bin ich?“

Eine Stimme (Gott): Du bist der Mensch....
Wenn die Situation nicht gar so ernst wäre, man könnte sie komisch finden. Von ähnlichen absonderlichen Einfällen und Redensarten wimmelt das ganze Textbuch; wem es Vergnügen macht, sich eine Blüthenlese unnatürlicher und widerborstiger deutscher Redewendungen zusammenzustellen, der wird dies ohne große Mühe bewerkstelligen können. Der Text ist nun einmal da und wir haben nur darauf zu sehen, wie Rubinstein ihn componirt hat. Der bedenklichste Punkt des ganzen Werkes ist die musikalische Darstellung Gottes; im Text heißt es verschämmt „Eine Stimme“. Auf der Bühne würde man sich diese „Eine Stimme“ wohl gefallen lassen; der Sänger braucht nicht sichtbar zu sein und die Illusion liege sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade herstellen. Anders im Concertsaal. Das Auskunftsmitteil, den Sänger hinter das Dirigentenpult zu stellen und ihn auf diese Weise den Blicken des Publikums theilweise zu entziehen, muß als versehlt bezeichnet werden; wenn der liebe Gott nun einmal hohen Tenor singen muß à la Lyonel oder Raoul — da der Satan Bass singt, bleibt ihm ja gar nichts übrig — so soll er es wenigstens offen und vor aller Welt thun. Besser wäre es freilich, Gott sänge gar nicht; Mendelssohn hat im „Paulus“ gezeigt, wie man auf geistvolle Weise solchen Klippen aus dem Wege gehen kann. — Auch der Satan in seinem Grimme ist nicht charakteristisch genug gezeichnet; all' das Schnauben und Poltern im ersten Theile erscheint unbedeutend und belanglos und kommt über das rein Declamatorische nicht hinaus. Die beiden ersten Menschen, die einzigen Wesen im ganzen Werke, die unserem Empfinden näher stehen, sind

insignificant behandelt; sie werden weder selbst warm, noch vermögen sie den Zuhörer zu erwärmen. Die drei Engel sind nicht Personifikationen bestimmter geistiger Potenzen, sondern drei weibliche Solostimmen, die leider zu episodisch behandelt sind, als daß sie belebend und anregend wirken könnten; daß der Abschluß des Dramatums gerade durch sie erfolgt, ist eine mehr originelle, als wirksame Idee. Die Instrumental-Einleitung des zweiten Theils, welche das Chaos schildern soll, muß man als ein interessantes Musikstück bezeichnen. Der ganze zweite Theil des Rubinstein'schen Werkes stellt sich als eine Bearbeitung derselben Stoffes dar, aus welchem Haydn seine „Schöpfung“ formte. Das Bestreben Rubinstein's, es anders und besser zu machen, als sein populärer Vorgänger, ist unverkennbar; wohl in Folge dieses Bestrebens ist auch der zweite Theil in musikalischer Beziehung weitauseinander als der gediegene geworden. Eine Vergleichung zwischen Haydn's und Rubinstein's Auffassung und Durchführung ist schwer möglich; beide Componisten haben kaum irgend einen Verführungsgrund. Das Vorspiel der dritten Abtheilung, welches sich anheischig macht, Dinge zu illustrieren, die für musikalische Bearbeitung unzugänglich sind, ist ein total verunglücktes Experiment. Eben so wenig, wie man z. B. durch bloße Musik (ohne Worte) einen guten Freund zum Frühstück einladen kann, läßt sich durch bloße Musik der Apfelbaum, die Schlange und ihre Unterhaltung mit Eva, oder gar das „Eritis sicut Deus“ schildern. — Der Schwerpunkt liegt in den Chören, die, wenn auch von ungleichem Werthe, viel interessantes und Wirkungsvolles enthalten. Mein etwas skeptischer Concertnachbar meinte, in Rubinstein's „verlorenem Paradies“ machten im Allgemeinen die Teufel bessere Musik, als die Engel. Es liegt ein Körnchen Wahrheit darin. Die himmlischen Heerschaaren werden in der That in Harmonie und Melodie oft herzlich trivial, während die Geister der Hölle mehr ihren eigenen originellen Weg gehen. Es mag dies eine Art beabsichtigter Gegensätzlichkeit sein, aber man muß sich doch die Frage vorlegen, ob diese wünschenswerthe Gegensätzlichkeit nicht auch durch gute und gediegene Musik auf beiden Seiten zu erreichen gewesen wäre. Die Chöre sind im Großen und Ganzen homophon gehalten. Dann und wann macht wohl der Componist einen Anlauf, in alterthümliche

conventionelle Faktur zu verfallen; aber es steht ihm nicht, und da er das ganz gut merkt, kostet es ihm nicht viel Mühe, sich schnell genug davon wieder loszureißen. Soll eine Hauptwirkung hervorgebracht werden, dann macht es Rubinstein gerade ebenso, wie seine sämtlichen modernen Collegen: er greift zu dem Rettungsanker des Unisono als dem billigsten und benächtigsten Auskunftsmitittel. — Die Instrumentation ist durchaus eigenartig, bisweilen lärmend und unschön, aber stets anziehend. Rubinstein versteht in Tönen zu malen, aber nur im Einzelnen. Nicht große, fesselnde Gemälde vermag seine Feder hervorzuzubringen, wohl aber farbenprächtige, kleine, mosaikartige Bilder. Man wird nicht umhin können, Man

(Fortsetzung.)
revisor, Domkapellmeister Greulich aus Breslau. Das kleine, aber
kräftige Werk von 4 St. im Manual und 1 Stück im Pedal, ist von der
Firma Schlag u. Söhne in Schweidnitz für den Preis von 1480 Mark
hergestellt worden und gereicht dem Gotteshouse zur hohen Zierde.
— **Polkwitz.** Ein großes Unglück betraf am Sonnabend die Maurer
Schneider'schen Eheleute in Nieder-Polkwitz. Als die Frau S. in der
Mittagsstunde ihrem Manne, der im Holzschlage arbeitet, das Mittageisen
brachte, ließ sie ihre drei Knaben im Alter von 10, 8½ und 2½ Jahren
allein im verschlossenen Zimmer zurück. Bei ihrer Rückkehr fand die un-
glückliche Mutter, so wird dem „Dr. Anz.“ gemeldet, ihre 3 Söhne tot
auf dem Fußboden liegend. Ohne Zweifel haben die Kinder mit Feuer
gespielt und sind dem in der Stube stehenden Bettel zu nahe gekommen;
denn dasselbe war vollständig verbrannt, und der so entstandene Qualm
hat den Tod der armen Kinder herbeigeführt. — s. **Valdenburg.** In
Zusammenhang mit dem Morde in Neuhausen wird die am 9. d. M. er-
folgte Verhaftung der Frau des Gastwirths Weniger zu Neuhausen
gebracht. — **Bühl.** Die hier wohnende unverehelichte Einliegerin Johanna
Nikel begeht, dem „Ob. Anz.“ zufolge, im nächsten Monat ihren
94 jährigen Geburtstag. Trotz des hohen Alters war dieselbe bis
vor Kurzem noch immer rüstig und ging, auf ihren Stock gestützt, alle
Tage den weiten Weg von ca. 1000 Meter nach der Kirche. Jetzt ist sie
allerdings gezwungen, die Stube und das Bett zu hüten.

Nachrichten aus der Provinz Posen.
(B. B.) Bromberg, 12. Jan. [Zum Bau des Eisenbahndirections-Gebäudes.] Gestern sind hier von den Unternehmern die ersten Fundamentsteine zum Bau des Directionsgebäudes angefahren worden. Der Bau des großartigen und monumentalen Gebäudes wird am 1. April begonnen werden und wahrscheinlich erst im Verlauf von drei Jahren ganz beendet sein.

△ Lissa, 12. Jan. [Petition.] Bezuglich der Frage der Sonntagsarbeit hat der landwirthschaftliche Hauptverein der Kreise Fraustadt, Kosten, Kröben an den Reichskanzler Fürsten Bismarck eine Petition gerichtet, in welcher nach Darlegung der Gründe erklärt wird, daß es eine Schädigung für die landwirthschaftliche Bevölkerung wäre, wenn das beantragte Gesetz — Verbot der Sonntagsarbeit — in Betreff der Landwirthschaft strengere Bestimmungen enthielte, als die bis jetzt bestehenden polizeilichen Bestimmungen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Subhastations-Kalender.

für den Zeitraum vom 16. bis 31. Januar 1886.

| Tag | Bietungs- Termin Uhr | Bezeichnung des Gerichts. | Bezeichnung des Grundstücks. | Der Grundstücke | | |
|-----|----------------------------|---------------------------------|--|-----------------|----|-------------|
| | | | | Größe | | Ruhungswert |
| | | | | ha | a | qm |
| 16. | 10 | Breslau. | Neg.-Bez. Breslau. Grundst. Münzstraße 2a Breslau. | — | — | — |
| 19. | 10 | Guhrau. | Grundst. 121 Kittlau. | 609 | 00 | 03 |
| 20. | 9 | Brieg. | Grundst. 8a Tarnowitz, Kr. Brieg. | — | — | — |
| 22. | 10 | Breslau. | Grundst. Kronprinzenstr. 37 Breslau. | — | 4 | 67 |
| 23. | 10 | Frankenstein. | Grundst. Bl. 32 Barthä. | — | 1 | 80 |
| 28. | 10 | Frankenstein. | Grundst. Bl. 52 Paulwitz. | 9 | 27 | 71 |
| 29. | 10 | Prausnitz. | Grundst. Bl. 160 Müllischer Str., Prausnitz. | — | — | — |
| 29. | 9½ | P.-Warten- berg. | Grundst. Bl. 6 Bralin. | 22 | 59 | 40 |
| 30. | 10 | Breslau. | Grundst. Breslau, Friedrich- straße 73. | — | — | — |
| | | | | | | 4800 |
| 18. | 11 | Görlitz. | Neg.-Bez. Liegnitz. Grundst. Kirschelstraße 8 Görlitz. | — | — | — |
| 19. | 10 | Hirschberg. | Grundst. Bl. 28 Hirschberg. | — | — | — |
| 22. | 10 | Greiffenberg | Grundst. Bl. 15 Greiffen- berg. | — | — | — |
| 29. | 10 | i. Schl. | Besitzung Nr. 637 Sagan. | — | — | — |
| 29. | 10 | Sagan. | Grundst. 324 Stadthainau. | — | 98 | 10 |
| | | Hainau. | | — | — | — |
| | | | | | | 590 |
| 16. | 2 | Ottmachau. | Neg.-Bez. Oppeln. | 3 | 24 | 80 |
| 16. | 2 | Ottmachau. | Grundst. Bl. 100 Gläfendorf. | — | 02 | 10 |
| 16. | 9 | Neustadt/O.S. | Grundst. Bl. 19 Jassen. | — | 66 | 90 |
| | | | | | | 14 |

A. Hirschberg, 12. Januar. [Strafkammer. — Härten des Dynamitgesetzes.] Auf Grund des Dynamitgesetzes vom 9. Juni 1884 wurden heut von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zwei Bergmänner zu je 3 Monaten Gefängnis, der niedrigsten Strafe wegen dieses Vergehens, verurtheilt: Bei einer Haussuchung in der Wohnung des Bergmanns A. zu Rothenbach fand man in einem Koffer 3 Dynamitpatronen, die zusammen einen Werth von 45 Pf. repräsentirten. A. giebt zu, dieselben bei einer Tageshöchst nicht verbraucht und, anstatt den ihm bekannten Bestimmungen gemäß sie nach vollendetem Arbeit abzuliefern, für sich behalten zu haben. Und zwar soll er seinen Kameraden gegenüber die Absicht ausgesprochen haben, mittelst der Patronen Fische zu fangen. Jedenfalls ist festgestellt, daß er Dynamit besaß, ohne die hierzu nötige polizeiliche Genehmigung nachge sucht zu haben, und so mußte er denn mit wenigstens 3 Monaten Gefängnis bestraft werden. Da er zudem widerrechtlich in den Besitz der Patronen gelangt war, wurden ihm noch 7 Tage Gefängnis wegen Diebstahls zugesetzt. — In dem zweiten Fall hatte der Bergmann B. aus Wüste-Röhrsdorf sich ein ungefähr 4 Zoll langes Stück Dynamitpatrone zu verschaffen gewußt. Nach seiner Versicherung wollte er dieselbe anfänglich zur Sprengung eines Stockes in einem Busch gebrauchen, später aber faßte er den Plan, die Patrone zu einem Böller schuß am Tage der Hochzeit seines Nachbars zu verwenden. Als er nun eben damit beschäftigt war, die Patrone loszuschießen, sah er, wie zwei scheu gewordene Pferde direct gegen seine Bestzung hinjagten. Vor Schreck vergaß er die nötige Vorsicht, die Patronen eingeworfen.

(D. G.-Z.) **Gleiwitz**, 11. Jan. [Schwurgericht.] „Eine Räuberbande wollen wir bilden, in dem Sinne wie es Elias und Pistulka gesagt haben.“ Mit diesen Worten trat im Sommer v. J. der schon vielfach vorbestrafte Schlossergeselle Herrmann Dobinski aus Sabrz an zwei seiner Kameraden, die Grubenarbeiter Johann Grüner und Paul Walengäheran. Die beiden Grubenarbeiter, beide noch im jugendlichen Alter, aber ebenfalls schon vorbestraft, waren bereits längere Zeit ohne Arbeit, das Anerbieten des Dobinski kam ihnen deshalb grade zu gegebener Zeit. Es wurde ein Revolver und ein Messer angeschafft, und nun begab man sich in den Sabrzer Wald. Dobinski, der älteste und größte der kleinen Gesellschaft, wurde zum „Hauptmann“ ernannt. Die jugendliche Bande haustie wochenlang Tag und Nacht im Walde und lebte dort selbst von kleinen Diebstählen, die indeß nicht zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. Die erste größere That wurde am 19. Juli v. J. zur Ausführung gebracht. An diesem Tage überfiel die Bande den Arbeiter Kalus, entriff ihm mit Anwendung von Gewalt die Taschenuhr, und da sie ihm vergeblich die Taschen nach Geld durchsuchten, warfen sie ihn zu Boden und zogen ihm die Stiefel aus. In dem einen Stiefel hatte Kalus eine Baarschaft in Höhe von 42,50 Mark verwahrt, welche ihm abgesommen wurde. Der „Herr Hauptmann“ schaffte sich nunmehr ein seiner

Würde entsprechendes Gewand an, er begab sich nach Gleiwitz und kaufte sich dortselbst einen schwarzen Anzug. Einige Tage später fand Dobinski am Walderstrand einen schlafenden Arbeiter vor, welchen er die Stiefel und den Hut entwendete. Die lustige Zeit wähnte jetzt nur noch kurze Zeit, denn die jugendliche Räuberbande wurde eines Tages von der Gendarmerie eingefangen. Heute hatten sich die Taugenichts vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Nach umfangreicher Beweisaufnahme wurde der „Räuberhauptmann“ Dobinski zu 7 Jahren und 3 Monaten Buchthaus, sowie 8 Jahren Ehrverlust, Palenga zu 5 Jahren 1 Monat Buchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, Grüner zu 1½ Jahren Buchthaus und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt.

a. Natibor, 13. Jan. [Strafkammer.] — Brand eines Holz- und Wetter schachtes. Der Wächter M. bei der Beaten glück grube in Nowydom, Kreis Rybnik, unterhielt in der Nacht zum 20. Januar v. J. ein Herdfeuer in der Käue, das ist der Raum, welcher in unmittelbarer Nähe des Schachtes zum Aufbewahren der Grubenhölzer dient. M. entfernte sich auf kurze Zeit vom Feuer. Als er zurückkehrte, fand er den Holz- und Wetter schacht, sowie das darunter befindliche Kohlen flöz in Flammen. Den Besitzern der Grube entstand durch den Brand ein Schaden von ca. 2000 M., auch waren sogar die Arbeiter in der Grube stark gefährdet. Gestern stand M. vor der Strafkammer unter der Anklage der fahrlässigen Brandstiftung. Die Beweisaufnahme ergiebt, daß sich das von M. unterhalten Herdfeuer der Arbeitwänden der Käue mitgetheilt hat und von dort brennende Holzstücke in den Schacht gefallen sind. Eine Explosion von Grubengasen, wie Angeklagter behauptet, war ausgeglioschen, da der Schacht von oben her brannte, und Brandgeruch in der Grube vorher nicht bemerkt worden war. In der Käue befand sich früher ein wirklicher Ofen, doch war nach seiner Beseitigung wegen Feuersgefahr den Arbeitern und Wächtern verboten, darin ein Herdfeuer anzulegen. Angeklagter bestreitet dies. Der Gerichtshof hält in diesem seine Schuld für erwiesen und verurtheilt ihn dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu 2 Monaten Gefängnis.

turgemäß, daß das Geldbeutelinteresse an die Spitze gesetzt und gesagt wird: wir fabriciren den Zucker nicht, um andere Leute glücklich zu machen, sondern um Geld zu verdienen. Stände ich hier im Volkswirtschaftsrath, so würde mir dieser Standpunkt vollkommen ausreichen, und ich würde den Entwurf mit tausend Freuden annehmen, weil ich glauben könnte, er bevorzuge die Industrie für alle Zeiten. Aber hier im Reichstage muß man ein wenig mehr thun, als an seinen Geldbeutel denken. Mehrere Herren haben besont, daß dieses Gesetz für längere Zeit gegeben werden solle, damit die Industrie nicht so bald wieder durch eine neue Vorlage beunruhigt werde. Das ist auch mein Wunsch, aber es wohlwollend die Regierungen auch gegen die Industrie in diesem Augenblicke gehandelt haben, das Gesetz kann, in der Gestalt der Vorlage angenommen, für die Dauer das nicht erreichen, was die Reichsregierung sich davon verspricht, und die Grundlagen des § 2 werden nicht ausreichen für das erhoffte finanzielle Resultat. Der § 2 gehört als rein technisch in die Commissionssitzungen, ich gebe darüber hinweg, indem ich voraussehe, daß die Commission die Rübensteuer und die dazu gehörigen Bonificationssätze so festsetzen wird, daß ein verhältnismäßig günstiges Resultat für Industrie und Reichsregierung herauskommt. Im Plenum lassen sich solche Sätze nicht im Voraus fixiren. Wohl aber begrüße ich — und da kann ich wirklich im Interesse der sehr großen Majorität der Fabrikanten sprechen —, daß die Rohmaterialsteuer beibehalten und daß der Steuerfuß nicht geändert wird. Wir sind unter der Materialsteuer groß geworden und befürchten, daß von dem Augenblicke an, wo unsere Fortschritte gestört werden, die Zuckerindustrie zurückgehen wird. Nach dem Verwiegen des Rohmaterials ist jede Einwirkung der Steuerbehörde auf den technischen Betrieb ausgeschlossen und für diesen dem Fabrikanten freie Hand gelassen. Das ist die Hauptsache. Diese Freiheit der Bewegung hat uns groß gemacht, und deshalb begrüße ich § 1 mit vollem Beifall. Hinsichtlich meiner Bedenken gegen die in § 2 enthaltenen Sätze gebe ich von 2 Gesichtspunkten aus: einmal ist die bisherige Berechnung des Consums im Inlande eine durchaus täuschende und unrichtige; die amtliche Statistik rechnet: Production, zugleich Einfuhr, abzüglich Ausfuhr, ist Consum, aber ohne Berücksichtigung der von den einen in die andere Campagne übergehenden Bestände und ohne Berücksichtigung der in den Melasse-Entzuckerungs-Anstalten gewonnenen Zuckermengen. Konnte man früher die Bestände auch unberücksichtigt lassen, in der Neuzeit müssen sie an- und abgerechnet werden, wenn man auf eine einigermaßen richtige Consumzahl pro Kopf der Bevölkerung kommen soll. So haben sich die Bestände geändert. Daß bisher die in Melasse-Entzuckerungs-Anstalten hergestellten Zuckermengen ganz außer Acht gelassen sind, ist jedenfalls ein Versehen der amtlichen Statistik gewesen, was unverzeihlich ist, wenn man aus den Zahlen Schlüsse ziehen will. Im Jahre 1880/81 sind diese Zuckermengen annähernd mit 75000 Doppelcentner, 1884/85 mit 237000 Doppelcentner berechnet worden. Beinahe eine halbe Million Centner, welche außer Acht gelassen sind. Man kann weder sagen, der Consum ist gefallen, noch er ist gestiegen, noch um wieviel. Nach Artikel 2 des Gesetzes sind ferner die Inhaber der Rübenzucker-Fabriken verpflichtet, über ihren gesamten Fabrikationsbetrieb, besonders über die Menge und die Art des verarbeiteten Zuckerstoffs Angaben zu machen. Wenn dies in geeigneter Weise von der Steuerverwaltung ausgenutzt wird, werden wir eine zutreffende und gute Statistik bekommen. Eine solche aber ist durchaus nothwendig. Der große Verein der Rübenzucker-Industrie hat zu den verschiedensten Zeiten an seine Fabrikanten, 397 an der Zahl, die Bitte um statistische Mittheilungen über den Betrieb gerichtet, die gerade in jehriger Zeit besonders wichtig gewesen wären; aber nur 298 Fabriken haben überhaupt geantwortet. Daher muß der Fabrikbetrieb durch amtliche Statistik kontrollirt werden, sonst erhalten wir für eine gesunde Statistik überhaupt keinen Boden. Das Raffinerie-Gewerbe ferner ist ein sehr großes, besteht aber leider nicht bei uns in demselben Umfang, wie in England, Frankreich, ja selbst Österreich. Das kommt daher, daß dort der Raffinadeur den Zucker steuerfrei faust, bei uns belastet mit der Exportbonification, die zur Zeit pro Centner etwa 9 Mark ist. Was heißt das. Die großen Raffinerien haben im Betrieb weit über 300 000 Ctr. Zucker, dies ergibt 2 700 000 Mark Exportbonification. Auf diese Capitalsumme und deren Zinsen auf 6—12 Monate müssen unsere Fabrikanten eingerichtet sein, wenn sie im Inlande Zucker kaufen. Es hängt dies zusammen mit der mangelhaften Einrichtung der steuerlichen Niederlagen. Wenn Sie nicht erlauben, daß steuerfreie Lager für die Zuckerindustrie gewährt werden, die gestatten, die eingelagerte Ware entweder gegen bar oder gegen den gewährten Exportschein zurückzunehmen, dann werden Sie keinen der Zuckerfabrikanten befriedigen. Es gibt keinen Zuckerfabrikanten, der nicht Kopf und Kragen daran setzt, daß dies in das Gesetz hineinkommt. Es wird auch bald eine Eingabe in dieser Richtung an das Reichsschahamt und an den Reichstag gelangen. Die Forderung ist gar nicht so exorbitant; beim Tabak ist sie schon erfüllt. Wenn man fürchtet, daß auch andere Industrien dasselbe verlangen werden, und wenn das bisherige Principe sich als falsch herausstellt, so müssen Sie es eben überall ändern. Ich würde ferner für eine Herabsetzung der Rübensteuer auf 1,20 M. sein, wie es der Heberb'sche Vorschlag will, und für eine entsprechende Bemessung der Bonification. Die Regierung wird sich dem freilich widersehen; sie glaubt ein Recht zu haben auf 60 000 000 M. Ertrag der Zuckersteuer; ich weiß nicht, worauf wir dies Recht stützen will. 1869 hatte der Zucker einen ganz anderen Werth, als heute, und wenn die damals aufgelegte Steuer 37½ p.C. des wahren Werthes entsprach, so hat sich das mit der Zeit geändert: sie würde jetzt 67 bis 72 p.C. des Zuckerwertes betragen. Da der Entwurf ferner über die Frage der Besteuerung der Melasse nichts enthält, so müssen wir annehmen, daß die Regierung noch auf dem Standpunkte von 1869 bestehen bleibt, daß in der auch jetzt aufgelegten Rübensteuer vollständig auch die Entzuckerung der Melasse eingeschlossen sein soll. Damit aber schneiden Sie die ganze Fabrikation in zwei Hälften: das eine Oel, das andere Wasser; sie werden sich nie einigen, wenn Sie keinen Ausweg finden, um diesen Krieg zu verkleistern, sondern um ihn zu verbinden und Sie würden die Industrie auf das Neueste schädigen. Nun hat der Staatssekretär eine Prämie auf die Lösung der Frage gesetzt, was eigentlich Melasse sei. Was war denn Melasse im Jahre 1869? Damals war es ganz einfach die Mutterlauge oder das Residuum, aus welchem sich Zuckerkristalle nicht mehr freiwillig ausscheiden. Das ist heute nicht mehr der Begriff der Melasse; heute ist Melasse das Residuum aus der Zuckerfabrikation, in dessen Trockensubstanz die Menge des Nichtzuckers größer ist, als die Menge des Zuckers. Das ist eine vollständig richtige Begriffsbestimmung. Aber das ist keine Handhabe, die der Steuerbeamte brauchen kann. Denn wenn er eine dunkle sirupartige Substanz vor sich hat, und es wird gesagt, das sei Melasse, welche Kriterie hat er dann, um zu wissen, ob es wirklich Melasse ist? Und da kann man allerdings sagen: das ist dasjenige Residuum, aus welchem sich Zuckerkristalle von selbst nicht mehr abzuscheiden vermögen. Diese Dinge müssen von Denen, welche direkte Melassebesteuerung vorschlagen, erörtert werden. Ich bitte alle Techniker und sonst Berufenen, ihren Kopf zur Lösung dieser Preisfrage anzustrengen. Ist sie zu lösen, dann gibt es eine direkte Melassebesteuerung; wenn nicht, dann müssen Wege gefunden werden, um die Hälfte der Zuckerfabrikanten, welche leidet, mit der anderen Hälfte, welche Freude hat, in Einklang zu bringen. Um diesen Ausgleich handelt es sich. Sezen Sie die Zuckersteuer und die Bonification entsprechend herab, so schwinden alle neidischen Bemerkungen ungünstig gestellter Fabrikanten; erhöhen Sie die Rübensteuer über das jetzige Maß, was jetzt schon beinahe unerträglich ist, so schärfen sich alle diese Gegenläufe zu. Das ist für mich entscheidend, wenn ich behauptete, der größte Theil der Zuckerfabrikanten ist damit einverstanden, daß die Steuer herabgesetzt werde. Ist dies möglich, so muß es geschehen, dann brauchen wir keine Melassebesteuerung; ist es nicht möglich, so erkläre ich von meinem Standpunkte aus ganz offen und frei, daß mir das Gesetz unannehmbar ist, so müssen wir auch einen andern Ausweg suchen, für den es an Vorschlägen nicht fehlt. Ich empfehle Ihnen dringend und bitte darum, daß diese Bemerkungen in der Commission ihre Stelle finden und recht gründlich berathen werden. Es ist ein altes Herkommen aus der preußischen Verwaltung, daß die Erhebungskosten für die Rübensteuer mit 4 p.C. als Parochquantum berechnet und von jeder Landesregierung in Abzug gebracht werden, ehe der Rübensteuerbetrag an die Reichsfinn. abgeliefert wird. Warum soll dies in dem neuen Gesetz aufrecht erhalten bleiben. Tatsächlich ist es unrichtig. Die Zahl der Fabriken hat sich zwar vermehrt, ebenso die Anzahl der nötigen Steuerbeamten, aber lange nicht in dem Verhältniß sind die Erhebungskosten gewachsen, denn ob sie eine Fabrik von 100 000 Ctr. Rübenverarbeitung oder von 1 Million controlliren, das ist ganz gleichgültig. Es werden eben zur Controle nur drei Steuerbeamte gebraucht. Es ist nun ganz allbekannt, daß von diesen 4 p.C. die Einzelregierungen den größten Theil in die Tasche gesteckt und nur wenig für das Steuerpersonal und die sächlichen Kosten ausgegeben haben. Warum soll dies bleiben? Ich würde an das Reichsschahamt die

Bitte richten uns mitzuhelfen, wie effectiv sich jetzt die Kosten der Steuererhebung stellen um darnach von neuem einen Pauschalz für die Einzelregierungen zu berechnen. Warum werden unserer Industrie diese Erhebungskosten noch expēss angerechnet? Warum wird das bei der Brau- steuer mit 15 Millionen Erhebungskosten nicht gethan? Das ist unbillig, das sollten wir uns nicht länger gefallen lassen. Bitte, helfen Sie uns dazu beitragen, daß auch die Erhebungskosten neu festgesetzt werden und die Reichsregierung die Hand dazu bietet, dies in geeigneter Weise zu thun. (Beifall)

Abg. Heine (Socialdemokrat): Wir haben in dieser Debatte wohl sehr viel von den Interessen der Fabrikanten der Zuckerindustrie und des Fleiss gehörte; von den Interessen der Consumenten aber gar nichts; und doch wird die Vorlage wieder ein nothwendiges Lebensbedürfnis des Volkes erheblich verheuern. Diese Steuer ist ein Factor des herrschenden Systems und dieses herrschende System arbeitet nach dem Grundsatz, daß die große Menge des Volkes ausgebeutet wird, damit einzelne protegirte Persönlichkeiten bereichert werden. Oder haben nicht die Zuckerfabriken mehrfach 80 und 100 p.Ct. Dividende abgeworfen? Das in den Enquête-Commission die meisten Interessenten gegen die Fabrikatsteuer sich erklärt haben, darüber wundere ich mich gar nicht. Die Rübensteuer gestattet eine große Begünstigung der Fabrikanten durch Exportprämiens, während es bei der Fabrikatsteuer schon schwieriger sein würde, dies dem blöden Auge des Volkes zu verheimlichen. Man spricht immer von der großen Bedeutung der Zuckerfabrikation für die Landwirtschaft. Dies kann auch Niemand in Abrede stellen. Aber ob gerade der mittlere und der kleinere Bauer von der Zuckerindustrie Vortheil hat, ist mir doch mehr als zweifelhaft.

Und bezüglich des Standes des Landarbeiters stelle ich sogar die Behauptung auf, daß besonders gerade in Folge der Zuckerindustrie seit einem Menschenalter erheblich in seiner Lebensführung zurückgegangen ist. (Widerspruch.) Jawohl, ich weiß das aus eigener Anschauung, denn in meiner Heimat gibt es mehr Zuckerfabriken, als irgend wo anders. Der ländliche Arbeitervorstand war dort früher gesund und langlebig, jetzt ist er krank und kurzlebig. Früher war allenthalben auf dem Lande Naturalwirtschaft, jetzt herrscht Geldwirtschaft, wodurch die Nahrungsverhältnisse der Leute erheblich verschlechtert worden sind. Dazu kommt, daß die Fabrikanten auch die kleinen Parzellen Landes pachten, um es den Arbeitern, die sie für ihre Industrie brauchen, unmöglich zu machen, selbst Land zu erwerben und selbstständig zu werden. So ist in unsern Industriegegenden eine wahre Leib-eigenchaft entstanden, die Leute müssen aushalten oder verbürgern. Wenn es sich hier einmal um Einrichtungen zum Besten der Arbeiter handelt, dann heißt es immer, man habe kein Geld dazu; da sollte man doch die vielen Millionen, die man der Zuckerfabrikanten an Exportprämiens zahlt, lieber einmal zum Wohl der Arbeiter verwenden! Wir haben von den Interessenten selbst gehört, daß die Fürsorge des Staates ihnen nicht einmal etwas genützt hat; daß vielmehr die Zuckerindustrie, eben weil diese Fürsorge zu groß war, in eine schwere Krise hineingerathen ist! Die Frage, ob Rüben- oder Fabrikatsteuer vorzuziehen sei, könnte man einfach abschreien durch Aufhebung der ganzen Zuckersteuer, und Einführung einer nach oben hin progressiv steigenden Einkommensteuer. Verweise Sie dies Gesetz nur an eine Commission, wo vielleicht ein Ausgleich der verschiedenen Interessen gefügt werden kann; wir unsererseits erklären jedenfalls jetzt schon, daß wir gegen jede Erhöhung einer Steuer stimmen werden, welche die unentbehrlichen Nahrungsmittel des Volkes trifft.

Abg. Rohland: Die Behauptung, daß die Zuckerindustrie die Lage der Arbeiter verschlechtert habe, ist nicht zutreffend. Handwerker, wie Maurer und Zimmerleute, haben durch sie in der Zeit, wo sie sonst feiern mühten, lohnende Beschäftigung gefunden. Speziell in diesem Jahre habe ich aus ihrem Munde Klagen darüber gehört, daß die Campagne vielfach so kurz gewesen sei. In Betreff der Fabrikat- und Materialsteuer hat unzweifelhaft für ein gewisses Stadium die letztere ihre Vorzüge; doch bedauere ich, daß man die rechte Zeit zum Übergang zur Fabrikatsteuer verpasst hat. In diesem Augenblicke zu einem Systemwechsel zu schreiten, halte ich mit Rücksicht auf die bedrängte Lage der Zuckerindustrie nicht für ratsam. Der Herr Minister glaubte zwar, daß dieselbe, nachdem sie die Krise überwunden, auf einen guten Boden gelangt sei. Ohne Pessimist zu sein, fürchte ich, daß die Schlaganfälle sich wiederholen werden. Das sind die Folgen unserer Schuhzollpolitik, daß auch unsern Exportartikeln der Eingang verweigert wird; und die wichtigsten Schläge werden immer die Landwirtschaft treffen. Die Ergebnisse der Enquete-Commission kann ich nicht so wohlwollend beurtheilen, wie der Herr Minister. Heute Morgen wird ein Beschuß des deutschen Landwirtschaftsrates bekannt gegeben, der auf eine Herabsetzung der Steuer und Exportprämiens hinausläuft, während die Commission bekanntlich die Erhöhung der Rübensteuer vorgeschlagen hatte. Das zeigt doch zum Mindesten, wie schnell die Feststellungen der Commission durch die Ereignisse überholt sind. Die Vorschläge der Reichsregierung werden weder der Industrie von Vortheil sein, noch der Überproduktion steuern. Daher wird es vor Allem darauf ankommen, den insländischen Konsum zu steigern. Das geschieht aber nur durch eine Herabsetzung der Steuer. Schon jetzt bewegt sich der Zuckerverbrauch in aufsteigender Linie. Während 1871/72 der Verbrauch auf dem Kopf der Bevölkerung 5,5 Kilogramm betrug, machte derselbe im Jahre 1884/85 9,9 Kilogramm aus. Die Hauptzunahme fällt in die Jahre 1883 bis 1885, wo die Zuckerpreise besonders niedrig standen. Hier haben Sie also den Beweis, daß die niedrigen Zuckerpreise den Konsum erhöhen. Auch ich kann der Commission daher eine Herabsetzung der Rübensteuer unter gleichzeitiger Erniedrigung der Exportbonification anempfehlen.

Schatzsekretär v. Burchard: Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf alle Einwendungen einzugehen, die heute gegen die Vorlage gemacht worden sind. Sie sind zum Theil Wiederholungen der hier vor Jahren und gestern vorgebrachten und widerlegten Ansichten. Manche Auslassungen beruhen auf vollständig willkürlichen Annahmen, z. B. daß 10 Millionen Zuckerprämiens gezahlt seien, oder auf vollständigen Mißverständnissen. Ich möchte mich nur gegen den Abg. Härle, den der Vorwurf, den ich gestern zu widerlegen mich bemüht habe, daß die Regierung ihrerseits die geforderte Zuckersteuerreform ungehörig verschleppt hätte, aufrecht erhalten. Er begründete den Vorwurf auch nur durch eine einzige Behauptung. Er sagte, der Reichstag hätte bereits im Winter 1881 in einer Resolution eine angemessene Regelung der Zuckersteuer gefordert. Soweit ich mich entinne, ist diese Resolution zum Etat gefasst. Der Etat ist in dritter Lesung beschlossen. Anfangs oder Ende März. Jedenfalls hat sich der Bundesrat mit dem Etat erst im März befass, die Resolution beraten und dann im Winter des selben Jahres, nachdem ihm die Einnahmen des Jahres, in dem dieser Beschuß gefasst war, vorlagen, auch den entsprechenden Schritt gethan. Früher konnte der Bundesrat der Sache ja gar nicht näher treten, als bis ihm diese Einnahmen vorlagen. Der Abg. Graf Hade hat sich dann eingebettet mit den Wünschen und Bedürfnissen der Industrie und behauptet, die Industrie sei in zwei Lager gespalten. Wäre das richtig, so hätten wir der Enquete vielleicht garnicht bedurft. So blieb uns nichts anderes übrig, als die Frage in einer Enquete gründlich zu prüfen. Sodann hat sich der Graf Hade recht absprechend über den Wert der Statistik geäußert. Nun muß ich ja vollkommen annehmen, daß die Angaben der Statistik über die Höhe des Zuckerkonsums mangels sind, aber in den Motiven ist dies ausdrücklich bemerkt und wir haben verlust, soweit thunlich, die Angaben zu rectificieren. Ich hatte gehofft, Abg. Graf Hade würde in der Lage sein, etwas Besseres zu geben. Das hat er allerdings nicht getan. Er sagte, ich weiß auch nichts, aber die Statistik taugt nichts. Er hätte wenigstens versuchen sollen, das Rechte zu finden an der Hand der Materialien, die ihm zu Gebote stehen. Dann hat der Graf Hade die Frage der steuerfreien Lager berührt. In der Vorlage ist dieser Wunsch, der verschiedentlich schon geäußert ist, nicht berücksichtigt, dagegen etwas Anderes, nämlich eine Verlängerung des Credits, vorgeschlagen. Die Frage ist außerordentlich schwierig und bedarf einer eingehenden Prüfung. In den Motiven ist sehr eingehend ausgeführt worden, daß es im höchsten Maße bedenklich wäre, auf den Vorschlag einzugehen, steuerfreie Läger zu gestatten mit der Wirkung, daß der Zucker bei der Herausnahme nicht den Zoll, sondern nur die Bürdezahlung der Ausfuhrvergütung zu tragen hat. Es würde das ein Vorschlag geschäft hinauslaufen, und die Reichskasse würde gewissermaßen zu einem Bankinstitut für die Zuckerindustrie werden. Mit der Behauptung, daß es sich bei dem bisherigen Modus nur um eine Fiction der altpreußischen Verwaltung handle, ist die Sache nicht erledigt. Der Abg. Graf Hade hat bemerkt, daß für den Tabaksteuerfreie Niederlassungen errichtet seien. Das trifft tatsächlich nicht zu. Beim Tabak wird überhaupt keine Steuer entrichtet von dem Tabak, der aus den Lagern herauskommt. Hier liegt die Sache ungefehrt. Indessen die Sache ist eine sehr schwierige, und sie bedarf einer eingehenden Würdigung auch nach den finanziellen Seite. Der Abg. Graf Hade hat sich auch näher mit der Melassesteuerung beschäftigt. Ich habe nachgelesen, was er darüber als Sachverständiger in der Enquete-Commission gesagt hat. Auch da habe ich kein klares Bild gewinnen können, ob er die Melassesteuerung für möglich hält oder nicht. Heute meinte er, in seinem Herzen sei er der Aufficht, sie sei nicht recht gut möglich. Das hat mich befriedigt. Aber er knüpft daran die Schlussfolgerung, daß, wenn sie nicht

möglich sei, die Steuer herabgesetzt werden müsse. Diese Beweisführung ist mir nicht verständlich. Ich würde umgekehrt meinen, wenn die Melassesteuerung nicht möglich ist, dann müßt die Steuer heraus nicht herabgesetzt werden. Dann ist der Herr Abgeordnete noch auf die Frage der Erhebungskosten gekommen. Er fragte, weshalb sollen wir diese Erhebungskosten nicht einer Revision unterwerfen. Da in der Verfaßung steht, daß der Bundesrat befugt ist, darüber zu beschließen, folglich konnte das ohne Aenderung der Verfaßung nicht Gegenstand der Gelegbung sein. Die Frage ist ja außerordentlich schwierig, sie ist im Bundesrat noch nicht angeregt worden. Es wird sich empfehlen, dem Bundesrat diese Frage zu überlassen. Eine Mitteilung über die effectiven Erhebungskosten vermag ich nicht zu machen. Man müßte erst für sämtliche Fabrikatien den Durchschnitt ziehen, und das ist eine umfangreiche Arbeit, die in kurzer Zeit nicht zu machen ist. Uebrigens bestreite ich, daß rücksichtlich der Erhebungskosten bei der Brantwein- und Zuckersteuer eine ungleiche Behandlung stattfindet.

Darauf wird die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Bormann (6. Trier) wird für gültig erklärt. Auch die Wahl des Abg. Gottburgsen (2. Schleswig-Holstein) beantragt die Wahlprüfungs-Commission für gültig erklären, dagegen plädiert Abg. Frohme unter Hinweis auf das ungültige Verbot einer Wahlversammlung, in welcher der socialdemokratische Kandidat Heinzel in Kiel sprechen sollte, und bei der geringen Mehrheit des Gewählten (428 Stimmen über die absolute Majorität) für Ungültigserklärung der Wahl.

Abg. Francke sucht die Berechtigung des seitens der Flensburger Polizeibehörde verfügten Verbots der ermächtigten Versammlung darzuthun. Mit der Unterschrift des Kandidaten Heinzel wurde in Flensburg ein Flugblatt der socialdemokratischen Partei verbreitet, das völlig gleichlautend schon früher in Leipzig wegen seines gegen das Socialstiftungsgebot verstoßenen Inhalts verboten worden war. Dieses Verbot war von der Reichsbeschwerdecommission seinerzeit bestätigt worden. Nach Annahme der Flensburger Behörde mußte dem Kandidaten Heinzel, der außer in Flensburg noch in Kiel und anderen schleswig-holsteinischen Wahlkreisen auftrat, von dieser Lage der Sache Kenntnis beizubringen; wenn er gleichwohl das Flugblatt als sein Programm verbreiten und dann ankündigen ließ, daß er demnächst in einer Versammlung als Redner auftreten werde, so müßte die Polizeibehörde sich sagen, daß Heinzel, wenn diese Versammlung stattfände, und er in derselben zum Reden gelangte (Gelächter bei den Socialdemokraten und links) dieselben Tendenzen vertreten würde, wie sie in dem verbotenen Flugblatt enthalten seien. Aus dieser Erwägung sei das Verbot ergangen; von einer Verleugnung der Wahlfreiheit könne keine Rede sein. Die Polizeibehörde konnte im Hinblick auf § 12 des Socialisten-Gesetzes gar nicht anders handeln.

Abg. Rickert: Ich bedauere, daß gerade ein Jurist uns mit solchen Deduktionen den Beschuß der Wahlprüfungs-Commission plausibel machen will.

So weit sind wir doch noch nicht gekommen, daß wir die Deduktionen der Flensburger Polizei ohne Weiteres als die unrichtig anerkennen müßten. Deduktionen, die darauf hinausgehen, die Wahlfreiheit ganz direkt zu unterdrücken. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) In Flensburg haben fast 2000 Wähler nicht gestimmt, während nur 429 Wähler auf die andere Seite übergetreten oder 858 für diese mehr zu wählen brauchten, um das Resultat umgestoßen. Herr Francke findet in dem Verbot keine Wahlbeleidigung, die Wahlprüfungscommission aber hat wiederholt und constant den Grundsatz festgehalten, daß die gezwidige Behinderung der Wahlfreiheit durch Versammlungsverbote unter allen Umständen relevant für die Gültigkeitsfrage sei, und in allen Fällen, wo ein Einfluß auf das Ergebnis von solchen Verboten angenommen werden könnte, die Wahl cassiert werden müsse. Es wird Herrn Francke nicht so leicht werden, das Haus von einem Jahr lang festgehaltenen Standpunkte, den die Commission diesmal allerdings verlassen habe, abzubringen. Solchen Gefallen wollen wir dem Regime Puttkamer in Preußen nicht erweisen; es würde uns nie gelingen, das Ministerium Puttkamer dahin zu bringen, seine Beamten zur Repektion der Wahlfreiheit anzuweisen, wenn wir nicht ohne Weiteres jede Wahl cassieren, in welcher die Wahlfreiheit in ähnlicher Weise, wie hier, verletzt und beschränkt worden ist. Stimmen Sie einfach für die Ungültigkeit der Wahl. (Beifall links.)

Abg. v. Kölle: Auch ich erkenne den Grundsatz an, daß eine Wahlversammlung noch nicht verboten werden darf, weil der angemeldete Redner notorisch der socialdemokratischen Partei angehört. Ich habe seiner Zeit selbst für denselben gestimmt in der Commission; aber daraus folgt doch nicht, daß wir überall die Ungültigkeit der Wahl aussprechen, wo die Polizeibehörde gegen diesen Beschuß verstoßen hat. Wir selbst hier haben zu wiederholten Malen Wahlen für gültig erklärt, obwohl für dieselben einberufene Wahlversammlungen verboten waren. (Auf: Weil das Wahlergebnis durch das Verbot nicht verändert werden konnte!) Sie sagen, weil das Verbot auf das Wahlergebnis ohne Einfluß geblieben sei. Aber wo ist da die Grenze? Heute wollen Sie wegen des Verbois einer Wahlversammlung eine Wahl, für die 428 Stimmen über die absolute Majorität abgegeben sind, für ungültig erklären. Morgen werden Sie diese Bitter noch höher greifen. Sie betreten damit gefährliche Bahnen. Ich warne Sie darum, in diesem Falle Gewicht auf den Protest einer Partei zu legen, die bei dieser Wahl gar nicht beteiligt war.

Abg. Liebknecht: Während die kleineren Regierungen, insbesondere die bayerische, sich gewissenhaft an den vom Reichstag gefassten Beschuß in Bezug auf die Behandlung der Wahlversammlungen halten, hat die leitende preußische Regierung sich wiederholt über denselben hinweggesetzt. Ich könnte Ihnen zahlreiche Beispiele hierfür anführen. Herr v. Kölle fragte, wo soll für uns die Grenze sein? Das ist eine Zweckmäßigkeitfrage, die Prinzipienfrage besteht darin, ob ein vom Reichstag gefasster Beschuß aufrecht erhalten werden soll oder nicht. Ich behaupte, daß jede Wahl cassiert, in welcher die Wahlfreiheit in ähnlicher Weise, wie hier, verletzt und beschränkt worden ist. Stimmen Sie einfach für die Ungültigkeit der Wahl. (Beifall links.)

Abg. Marquardsen: Mit einer Theorie, wie sie Herr Liebknecht vorgetragen, kommen wir dazu, die Wahlprüfungen ganz zu beseitigen. Auch ich bitte, die Wahl des Abg. Gottburgsen für gültig zu erklären, obwohl ich die von der Flensburger Polizei getroffene Entscheidung nicht für richtig erachte.

Abg. Windhorst: Im vorigen Jahre war hier die Ansicht vertreten, daß die Wahl für ungültig zu erklären sei, wenn die betreffende Wahlversammlung zu unrecht verboten worden sei. Bis jetzt ist nichts Neues beigebracht worden, was zu Gunsten des Verbois spräche. Ich muß daher zu meinem Bedauern bitten, die Wahl für ungültig zu erklären.

Die Debatte wird geschlossen und im Gegenseitig zu dem Commissionsvorschlag die Wahl des Abg. Gottburgsen gegen die Stimmen der Conservative und Nationalliberalen für ungültig erklärt.

Schlüß 5½ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Anträge Ausfeld, betreffend das Bolltarif-Gesetz und die Zulassung des Rechtsweges in Börschen. Antrag Junggreen, betreffend die dänische Sprache.)

Berlin, 13. Januar. Der Kaiser will bestimmt den Preußischen Landtag morgen selbst eröffnen, jedoch in einer von der bisher üblichen etwas abweichenden Form. Er wird die Thronrede nicht, wie sonst, selbst verlesen, sondern, nachdem er die Mitglieder des Landtages begrüßt hat, dieselbe vom Fürsten Bismarck verlesen lassen. Man sieht der Thronrede mit größerer Spannung als sonst entgegen, weil man in ihr Mittheilungen über die kirchenpolitische Situation erwartet, die in den letzten Tagen Gegenstand mannigfacher Gerüchte waren. Die Möglichkeit der Einbringung eines kirchenpolitischen Gesetzes, die wir vor einiger Zeit erwähnten, wird neuerdings stark betont.

Daneben richtet sich die Aufmerksamkeit auf die nahe bevorstehende Besetzung des Posener Bischofssuhles. Die „Germania“ nennt drei Kandidaten für denselben: Viola, Garnisonpfarrer in Glatz, Schilla, Regierung- und Schulrat in Oppeln, Himmel, Pfarrer in Weigelndorf bei Münsterberg (Schlesien), früher Regierungs- und Schulrat in Posen.

Im Reichstage circulierte heute das Gericht (und ein hiesiges Blatt stellt heute Abend bereits erste Betrachtungen darüber an), daß der Sitz des Erzbischofs von Posen nach Berlin verlegt und eine Rundfahrt damit verbunden werden solle. Polnische und ultramontane Abgeordnete, die allenfalls unterrichtet sein könnten, bezeichneten das

Gericht als unglaublich. Es scheint aber doch nicht ausgeschlossen, daß Verhandlungen in dieser Richtung schwelen. Sehr wahrscheinlich ist, daß die Thronrede das freundschaftliche Verhältnis zum Papste stark hervorheben wird.

Berlin, 13. Januar. Der Bundesrat hält morgen eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung steht u. A. das Brantwein-Monopol, das selbstverständlich an die Ausschüsse geht. Ferner Anträge, betreffend die Anrechnung doppelter Dienstzeit zu Gunsten der Reichsbeamten in Ost- und West-Afrika, und die Ermächtigung zum strafrechtlichen Einschreiten wegen Beleidigung des Bundesrats durch die Presse. Außerdem enthält sie den Ausschussbericht, betreffend die Aenderung der Bestimmungen des Eisenbahngesetzes über die Beförderung von Holzpulvern, sowie von wasserfreier Säure; den Ausschussbericht über den Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit der dominikanischen Republik und den Ausschussbericht, betreffend den Gesetzentwurf über die Bürgschaft des Reichs für die Zinsen einer ägyptischen Anleihe.

Berlin, 13. Januar. Der dem Reichstage heute zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Rechtspflege in den deutschen Schutz-Gebieten, lautet nach der bekannten Veränderung, die er im Bundesrat erfahren hat: Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutz-Gebieten, sowie die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit und die hierbei zur Anwendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts werden durch laufende Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats geregelt. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen sind dem Reichstage sofort bzw. bei dessen nächstem Zusammentreffen zur Kenntnahme vorzulegen.

Berlin, 13. Jan. Die Budgetcommission des Reichstages erledigte heute in kurzer Sitzung den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern. Bei den Zöllen wurde regierungseitig mitgetheilt, daß sich die Einnahmen im November auf 23 167 000 M. beliefen, 1 650 000 M. mehr als im Vorjahr. Beim Etat der Börsensteuer wurde mitgetheilt, daß die Einnahmen aus derselben im September 154 000, im October 719 000 und im November 511 000 Mark betrugen. Der Referent bewies, daß der diesen Ergebnissen entsprechende Anfall für das nächste Etatjahr erreicht werden würde. Doch wurde der Etat unverändert genehmigt.

Berlin, 13. Jan. Mitglieder des Centrums, darunter solche, die als Agrarier eine Rolle spielen, sprechen sich mit äußerster Schärfe gegen das Brantweinmonopol aus und bestreiten, daß das Gesetz auch nur von einem kleinen Theile des Centrums unterstützt werden könne. In parlamentarischen Kreisen gelten daher die Chancen des Gesetzes zur Zeit für sehr gering.

Berlin, 13. Jan. Der geistige Beschuß des Landwirtschaftsrates in der Währungsfrage, der die Reichsregierung auffordert, an ihrer bisherigen abwartenden Stellung festzuhalten, gilt allgemein für eine unerwartete Niederlage der Bimetallisten. Man zweifelt, daß sie jetzt noch ihren angekündigten Antrag im Reichstage einbringen werden. Die Kreuztg. hilft sich in ihrer Verlegenheit kahn damit, daß sie den Beschuß als einen hochbedeutenden bimetallistischen Sieg feiert.

Berlin, 13. Januar. Der heute vom „Reichsanzeiger“ im nichtamtlichen Theile veröffentlichte Text des Karolinen-Protokolls stimmt vollkommen mit den bereits seit mehreren Tagen aus spanischen Duellen veröffentlichten Überzeugungen überein. Der „Reichsanzeiger“ sagt: Nachdem die Veröffentlichung des Karolinen-Protokolls auf Veranlassung der spanischen Regierung stattgefunden hat, sind wir in den Stand gesetzt, dieselbe auch diesseits zu bewirken. Es folgt die Veröffentlichung des Vermittelungsvorschlags des Papstes und des Protokolls. Es gewinnt den Anschein, daß die Regierung sich jetzt der angekündigten Vorlegung eines Weißbuchs über die Karolinen-Angelegenheit überhoben glaubt.

Berlin, 13. Januar. Aus London wird telegraphirt: Die Samoa-Affaire wirbelt viel Staub auf. Deutscherseits wird augenscheinlich Alles aufgeboten, den ungünstigen Eindruck der jüngsten Nachrichten hier zu verwischen. Graf Haugfeld gab gestern Lord Salisbury befriedigende Erklärungen ab. Der Befehlshaber des „Albatross“ habe ohne Wissen und Willen der deutschen Regierung gehandelt. Die letztere beabsichtigte, an dem Vertrage festzuhalten, dem zufolge Deutschland, England und die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit der Samoa-Inseln zu respectiren. New-Yorker Telegramme melden, die Regierung der Vereinigten Staaten sei noch ohne Information über die Vorgänge auf Samoa. Die hiesige Generalconsul Neu-Seelands empfing von seiner Regierung am Sonnabend ein Telegramm mit der Meldung, daß die Deutschen den König von Samoa aus Muslimun vertrieben und die Municipalflagge heruntergezogen hätten.

Berlin, 13. Jan. Der dänische Schriftsteller Hermann Bang, fröhlicher langjähriger Redakteur der „National-Tidende“ in Kopenhagen, Novelist und Feuilletonist, 26 Jahre alt, hat gestern Morgen die polizeiliche Ausweisungs-Ordre erhalten, sofort Berlin und Preußen zu verlassen. Auf seinen Protest wurde ihm ein Aufschluß von 48 Stunden gewährt. Trotz der Intervention des dänischen Gesandten muß Bang Donnerstag früh Berlin und Preußen als missliebig verlassen. Die Ursache der Ausweisung wurde weder ihm noch dem dänischen Gesandten mitgetheilt. Seit Anfang December ist Bang in Berlin Correspondent für dänische Blätter und war feuilletonistisch thätig für „Schopers Familienblatt“ und das „Deutsche Montagsblatt“. In literarischen Kreisen macht die Ausweisung Bang's großes Aufsehen.

Aus Wolff's Telegraphischen Bureau.

Berlin, 13. Jan. Die Strafkammer des Landgerichts verurtheilt den Redakteur

Liberalen befürwortet. Minister Feilitzsch erklärte, die Regierung verharre auf dem Standpunkte sorgfältiger Erwägung bei dem Herantreten der Frage an den Bundesrat. Die Petition wurde angenommen. Dagegen stimmten die Conservativen und sieben National-liberale, darunter Schaus und Fischer.

Salzburg, 13. Januar. Im Landtage gab der Landeshauptmann Chorinsky unter stürmischem Beifall kund, daß der Kaiser Gastein für sein Privatvermögen erworben hat.

Rom, 13. Januar. Der Papst richtete an die deutschen Bischöfe eine Encyclika über die kirchliche Situation.

London, 13. Januar. Unterhaus. Der Sprecher erklärte, jedes Mitglied ist verfassungsmäßig zur Eidesleistung verpflichtet, er könne Bradlaugh an der Eidesleistung nicht hindern, er müsse Alles, was betreffs der gesetzlichen Verpflichtungen daraus folge, Bradlaugh's eigener Verantwortung überlassen. Bradlaugh leistete den Eid.

Kopenhagen, 13. Jan. Folketing. Präsident Berg legte heute in Folge Bestätigung des gegen ihn ergangenen Strafurtheils das Amt als Präsident nieder, wurde aber bei der Neuwahl mit den Stimmen der Linken wiedergewählt.

Warschan, 13. Januar. Heute Nachmittag fand die Schlüfung der Polnischen Bank und die feierliche Einweihung des Warschauer Comptoirs der Staatsbank unter Anwesenheit des Generalgouverneurs und der Spitzen der Militär- und Civilbehörden statt.

Constantinopel, 13. Jan. Die Provenienzen aus Triest unterliegen nunmehr nur der ärztlichen Untersuchung, die Provenienzen aus Venedig anstatt einer fünfjährigen nur einer zweitägigen Quarantaine, die Quarantaine gegen Spanien ist auf zehn Tage erhöht.

Belgrad, 13. Jan. Ein königliches Handtschreiben anlässlich des Neujahrsfestes an Garashanin dankt denselben für die patriotische staatsmännische Arbeit und persönliche Ausopferung im Dienste für Serbien und dessen Herrscher. Weiters dankt der König seiner treuen Armee und seinem lieben, ergebenen Volke, welches in den schwierigsten Momenten jederzeit das richtige Erfassen der Pflicht gegen Vaterland und Herrscher befundene und durch die öffentliche Thätigkeit der politischen Parteien zur Überwirbung der Schwierigkeiten beitrug, gegen welches das Volk und der König anzukämpfen haben. Der König, dessen angenehme Pflicht es ist, Allen zu danken, bittet den Ministerpräsidenten, dieses zu veröffentlichen. Außerdem ertheilt der König volle Amnestie sämtlichen infolge des Aufstandes von 1883 Verurtheilten, die sich in den Gefängnissen von Belgrad, Niš und Pogarevac befinden. Das Handtschreiben schließt: Ihr aufrichtig dankbarer König und Armeobercommandant. Milan.

Handels-Zeitung.

Breslau, 13. Januar.

* **Die Preussische Hypotheken-Aktion-Bank** löst laut der im Insertentheile der vorliegenden Nummer befindlichen Bekanntmachung ihre verloosten und am 31. März bzw. am 30. Juni d. J. fällig werden den Pfandbriefe schon jetzt mit einer Zinsvergütung ein, welche bei Wiederanlage des Geldes in 4 prozentigen Papieren den vollen Zins von 4½ und bezw. 5 pCt. bis zum Fälligkeitstermine gewährt. Da die Pfandbriefe der Serie I mit 20 pCt., die der Serie VI mit 10 pCt. Agio zurückbezahlt werden, kann der Pfandbriefbesitzer, welcher von der Offerte der Bank Gebrauch macht, von dem Zahlungstage an auch dieses Agio bereits verzinslich anlegen und gewinnt die Zinsen hieraus von da ab bis zum Verfalltag der Pfandbriefe.

* **Saatenstand in der preussischen Monarchie**. Aus dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Nachtrag zu den Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand in der preussischen Monarchie:

Reg.-Bez. Liegnitz: Der Stand der Wintersaaten kann im Allgemeinen ein günstiger genannt werden, so weit nicht durch die überaus zahlreichen Mäuse Schaden angerichtet worden ist. Auch für die Vorbereitung der Aecker für die Frühjahrseisaat war die Witterung günstig.

Reg.-Bez. Bromberg: Die vorjährige Herbstwitterung war für die Ausführung der landwirthschaftlichen Arbeiten im Allgemeinen günstig. Die Herbstsaat konnte in ungestörter Weise beendet werden. Die jungen Saaten zeigen fast durchweg einen recht befriedigenden kräftigen Stand, nur auf leichtem Boden sind sie stellenweise gelb geworden. Wenngleich der Schneefall in diesem Winter bis jetzt kein reichlicher gewesen ist, so haben die Saaten doch in der kalten Periode eine ausreichende Schutzdecke gehabt, und anscheinend bis jetzt nicht durch Frost gelitten. Dagegen haben die Feldmäuse auf den Saat- und Kleefeldern grosse Verheerungen angerichtet.

* **Emissionen im Jahre 1885**. Wie alljährlich bringt der „Mon. des int. mat.“ eine summarische Aufstellung der Emissionen des ganzen Jahres 1885. Danach bezieft sich die Gesammtsumme der in 1885 vorgenommenen Emissionen aller Länder auf 3331,1 Millionen Fr., wovon 1477 Millionen auf Staats- und Stadtanleihen entfallen, 188 Millionen auf Creditabblissements, 1664 Millionen auf Eisenbahnen und Industriegesellschaften. Die erwähnte Gesammtsumme bleibt sehr erheblich gegen jedes der letzten Vorjahre zurück, da die Gesammtsumme für 1884 4876 Mill. Fr. betragen hatte, 1883 4181 Mill. Fr., 1882 4540 Mill. Fr., 1881 sogar 7136 Mill. Fr. Wir müssen aber sogleich hinzufügen, dass diese Zusammenstellung, wie in früheren Jahren, sich als durchaus unvollständig erweist. Einen deutlichen Beleg dafür bietet die Position Deutschland, welche das Brüsseler Blatt mit 188,3 Mill. Fr. aufführt, während eine ähnliche Aufstellung im „Dtsc. Oekon.“ für Deutschland allein an inländischen Werthen 223 Millionen Mark registrirt, abgesehen von 1016 Millionen Mark, welche in Deutschland an ausländischen Werthen zur Emission gelangten. Das Brüsseler Blatt zerlegt die von ihm angegebenen 188,3 Millionen Fr. deutscher Emissionen (gegen 87 Millionen in 1884, 181 Millionen in 1883, 127 Millionen in 1882, 212 Millionen in 1881) in 40,2 Millionen Staats- und Stadtanleihen, 33,5 Millionen Anleihen von Creditinstituten, „Oekon.“ bietet leider keine derartige Gruppierung. Nach seinen Angaben betrug die Emission in inländischen Werthen im ersten Semester 90 Millionen M. und steigerte sich im zweiten auf 133 Millionen Mark. Dieser Gesamtziffer von 223 Millionen Mark stellt er für 1884 137 Millionen, für 1883 205 Millionen gegenüber. An ausländischen Werthen wurden nach ihm im ersten Semester 266 Millionen M. in Deutschland emittirt, im zweiten Semester 750 Millionen, zusammen 1016 Millionen Mark, gegen 698 Millionen in 1884 und 431 Millionen in 1883. Diese Ziffern zeigen gegen die beiden Vorjahre eine nicht unbeträchtliche Zunahme, im Widerspruch mit der Aufstellung des vorgenannten Brüsseler Blattes. Die Conversions-Operationen, welche in letzter Zeit sich hauptsächlich auf Hypotheken-Obligationen erstreckten, sind in der Aufstellung nicht mit inbegriffen.

Zahlungsstockungen und Concuse.

* **Conours-Eröffnungen**. Möbelfabrikant Adolf Dödrich zu Coburg. — Hutfabrikant Otto Kopitz zu Dessau. — Offene Handelsgesellschaft H. Düppe u. Hoselmann zu Duisburg. — Bauunternehmer Gustav Louis Trommer und Franz Louis Trommer zu Elsfeld. — Inhaber eines Baugeschäfts und einer Schiffszimmerei Julius Voss zu Glückstadt. — Materialwarenhändler Heinrich Louis Jahn zu Grossenhain. — Mäntelhändler Hugo Bick zu Hamburg. — Rittmeister a. D. und früherer Rittergutsbesitzer Franz Georgesohn-Kornietz zu Königsberg i. Pr. — Destillateur Carl Kneifel zu Königsberg. — Gutspächter Johann Petersen zu Kl.-Lantow. — Kaufmann Veit Schilz zu Mainz. — Pianoforte-Magazins-Inhaberin Elise Mayer zu München. — Kaufmann Nikolaus Knauer (Posamentier- und Weisswaren-Geschäft) zu München. — Schnurenfabrikant Friedrich Adolf Louis Augustin zu Stahlberg. — Andreas und Therese Markl'schen Kaufmann-eheleute zu Regensburg. — Kaufmann Reinhold Hertel zu Schwarzenberg. — Lederhändler Carl Gustav Albrecht zu Schwarzenberg. — Verwittwete Frau Regine Müller, geborene Friedmann, Inhaberin der Firma M. Klar zu Weimar.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 13. Januar. **Neueste Handels-Nachrichten**. Auf die 5prozentige Temes-Bega-Thal-Regulirungs-Anleihe ist der 5- bis 6fache Betrag der aufgelegten Summe gezeichnet worden. — Wie der „Börsen-Courier“ berichtet, hat der Ausschuss der Pommerischen Landschaft ebenfalls die Convertirung der 4proc. Pommerischen Pfandbriefe in 3½ prozentige beschlossen und die Direction der Landschaft beauftragt, diese Conversion in die Wege zu leiten. — Demselben Blatte wird bestätigt, dass in der That die Auflösung des Consortiums für die Verkäufe der Mittelmeerbahn-Aktien erfolgt ist, dass aber aus gewichtigen formellen Gründen die Abrechnung erst im October d. J. wird erfolgen können. Dagegen hat eine Vertheilung von der im Besitz des Syndicats befindlichen 19000 Stück Actionen an die Mitglieder desselben stattgefunden, wobei diese Actionen zum Course von 112 pCt. berechnet worden sind. — Die Ursache der December-Mindereinnahme der Mecklenburgischen Friedrich-Franz-bahn ist in dem frühen Schluss der meisten Zuckerfabriken Mecklenburgs im vorigen Jahre zu suchen, so dass für den grössten Theil des December die Rübentransporte für die Zuckerfabriken in Güstrow und Stavenhagen und zum Theil auch noch für diejenigen in Malchin in Wegfall kamen, während bei der vorigen Campagne diese Fabriken noch weit in das Jahr 1885 hinein arbeiteten. Auch für den laufenden Monat wird aus gleichem Grunde ein Aufall als wahrscheinlich erachtet. — Die Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahn hat im December bei einer Gesamt-Einnahme von 103 876 M. ein Minus von 26 785 M. gehabt. Die Rectification der provisorischen Einnahme dürfte pro 1885 keine so bedeutende Summe ergeben, wie im vorangegangenen Jahre, da die provisorischen Zahlen bereits höher gegriffen waren. Die Direction wird versuchen, im Jahre 1886 die provisorischen Schätzungen den definitiven Einnahmen noch näher zu bringen, so dass im laufenden Jahre die Differenzen zwischen beiden Festsetzungen sich ganz wesentlich vermindern dürfen. — Die Eutin-Lübecker Eisenbahn hat im December bei einer Einnahme von 26 360 M. ein Minus von 2286 M. gehabt. — Aus Wien ist heute berichtet worden, dass auch die Oesterreichische Credit-Anstalt bei der neuen 3½ proc. schiedischen Staatsanleihe beteiligt sei. Es kann sich dabei lediglich um eine Consortial-Beteiligung handeln. — Der Handel und die Notirung der Actionen der Deutschen Rück- und Mitversicherungs-Gesellschaft an hiessiger Börse ist genehmigt worden.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Auf die hiesigen Anmeldungen der Temes-Bega-Anleihe entfallen 10 bis 15 pCt. Zutheldung. — Nach der „Frankfurter Zeitung“ findet am 21. Januar in Italien, Frankfurt und einigen süddeutschen Plätzen die Subscription auf 8 Millionen Lire Sicilianischer Eisenbahnactionen statt. Der Emissionscourse ist wahrscheinlich etwas unter 110 pCt.

Berlin, 13. Januar. **Fondsbörsen**. Die Börse war anfänglich schwach, da ungünstige Berichte über das Befinden des Kaisers circulierten und ausserdem die Ausweisung pressischer Unterthanen aus Russland verstimmte. Später trat indess in Folge günstiger Wiener Meldungen und auf die Dementirung der Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers eine Befestigung ein. Oesterreichische Credit-Aktionen schliessen 492 und Disconto-Commandit-Anteile 200/8. Deutsche Bank-Actionen waren zu etwas niedrigerem Course im Verkehr, während Berliner Handels-Gesellschafts-Anteile und Actionen der Nationalbank für Deutschland sich besser stellten. Ferner gewannen Börsen-Handels-Vereins-Actionen 2 pCt. und Actionen der Bank für Sprit- und Producten-Handel 1½ pCt. Auf dem ausländischen Bahnen-Markt waren österreichische Bahnen im Allgemeinen fest, namentlich Elbenthal-Bahn-Actionen, welche in Folge starker Wiener Käufe 4 Mark gewannen. Nur Lombarden verkehrten in Folge der durch Schneeverwehungen herbeigeführten Verkehrsstörungen in schwacher Haltung. Die Minder-Einnahme der Galizischen Carl-Ludwigsbahn blieb ohne Einfluss. Ein bedeutendes Geschäft entwickelte sich wieder in Mittelmeerbahn-Actionen zum Course von 112½—1¼ pCt. Auch für Warschau-Wiener Eisenbahn-Actionen gab sich wieder lebhaftes Interesse und wurden dieselben bis 231 M. gehandelt. Auf dem heimischen Bahnenmarkt waren Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn-Actionen matt. Der Rentenmarkt zeigte festes Gepräge, und waren namentlich Italiener zu besserem Course gesucht. Russische Prioritäten blieben andauernd fest. Sehr fest waren 3½ prozentige preussische Consols, die ¼ pCt. avancierten. Trotz der rückgängigen Bewegung des Glasgower Roheisenmarktes bewahrte der Montanmarkt seine feste Haltung, da man sich sagt, dass die Warrants-Preise weniger von der Lage des soliden Geschäfts, als vielmehr vom speculativen Einflusse abhängig und für die Verhältnisse unserer Montan-Industrie von keiner wesentlichen Bedeutung sind. Die Cassa-Werthe waren lebhaft gefragt und steigend. Es gewannen: Berzelius 3 pCt., Borussia 2 pCt., Phönix 1½ pCt., Rhein-Nassau-Bergwerk 2¾ pCt., Rheinische Stahlwerke 5 pCt., Stadtberger Hütte 4 pCt., Stolberger Zinkhütte-Actionen 1½ pCt. und Stamm-Prioritäten 2½ pCt. Niedriger waren dagegen Aachen-Höingen 1½ pCt. Unter den übrigen Industrierwerthen profitirten Görilitzer Eisenbahnbedarf 0,70 pCt., wogegen Breslauer Brauerei 1½ pCt. niedriger notirten.

Berlin, 13. Januar. **Productenbörse**. An der Productenbörse wurden Anfangs die flauen auswürtigen Berichte nicht beachtet. Unter denselben ist Newyork besonders zu erwähnen, weil von dort ein merklicher Rückschritt, gleichzeitig und trotz einer Reduction der Visible suppli um 600 000 Bushel Weizen gemeldet worden ist. Der hier vorangesezte Mangel an Abgbern von Getreide veranlasste nun einzelne Käufer, mit relativ guten Geboten hervorzutreten, doch es genügte das Erscheinen bescheidener Offerten, um namentlich auch die Preise für Weizen entschieden zu drücken. — Auch Roggen musste man etwas billiger erlassen, nachdem die ersten willigen Käufer befriedigt worden waren. Das Angebot ist zwar nicht gross gewesen, doch aber zum Uebergewicht gelangt. — Hafer still und unveränderd. — Rüböl neuerdings matter und unbelebt. — Für Spiritus gab es auch heute ziemlich gute Kauflust, die anfänglich feste Preise bewilligte, doch aber von nachhaltigem Angebot bald überflügelt wurde, so dass die Stimmung flau wurde und schlechtere Gebote acceptirt werden mussten.

Landeshut, 13. Jan. [Garnbörse]. Trotz lebhaften Marktbesuches geringe Umsätze, da die Käufer den sehr festen Forderungen der Spinner gegenüber abwartend blieben.

Paris, 13. Januar. **Zuckerbörse**. Rohzucker 88 pCt. ruhig, loco 38,10—38,25, weisser Zucker weichend, bewegt, per 100 Kilogr. Januar 45,30—45,60—46,00—46,30.

London, 13. Januar. **Zuckerbörse**. Havannazucker Nr. 12 16 nom., Rüben-Rohzucker 15½. Schwach.

Telegramme des Wolffschen Bureaus.

Berlin, 13. Januar. 3 Uhr 15 Min. (Dringl. Origin.-Depesche der Breslauer Zeitung.) Fest.

Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12.
öster. Credit ult. 492 50 491 — Gotthard ... ult. 112 37 112 37
öster. Credit ult. 01 50 200 87 Ungar. Goldrente 81 25 81 12
öster. Credit ult. 427 — 426 50 Mainz-Ludwigshaf. 99 — 98 87
öster. Credit ult. 215 — 214 50 Russ. 1880er Anl. ult. 82 75 82 62
öster. Credit ult. 13 87 Italiener ... ult. 97 12 97 —
öster. Credit ult. 160 75 160 73 Russ. II. Orient-A. ult. 61 37 61 37
öster. Credit ult. 62 87 62 50 Galizier ... ult. 88 — 88 —
öster. Credit ult. 53 37 53 37 Russ. Banknoten akt. 200 75 200 50
öster. Credit ult. 99 37 99 50 Sonesta Russ. Anl. 97 37 97 37
Serben ... 80 — 80 —

Berlin, 13. Januar. [Schlussbericht.] Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12.

Weizen Flauer. A. & B. Matter. Cours vom 13. 12.
April-Mai 152 50 153 — April-Mai 43 20 43 40
Juni-Juli 157 25 158 25 Mai-Juni 3 40 43 7
Roggen Ermattend. Spiritus Matter. Cours vom 13. 12.
April-Mai 132 75 133 — April-Mai 38 50 38 20
Mai-Juni 133 50 133 75 Januar Februar 38 60 38 70
Juni-Juli 134 50 134 75 April-Mai 39 60 39 8
Hafer. April-Mai 131 75 131 75 Juni-Juli 40 90 41 —
Mai-Juni 133 — 133 —

Frankfurt a. M., 13. Januar. Mittags. Credit-Actionen 238, 25. Staatsbahn 213, —. Galizier 175, 37. Ziernlich fest.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Italien 100 Lire k. S. 80,60 bez.

Berlin, 13. Januar. [Amtliche Schluss-Course.] Still.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Cours vom 13. 12.

Mainz-Ludwigshaf. 99 10 99 10 Posener Pfandbriefe 101 20 101 —

Galiz. Carl-Ludw.-B. 88 20 88 — Schles. Rentenbriefe 102 — 102 —

Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn.

Warschau-Wien. 231 75 227 — Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn.

Lübeck-Büchen. 161 20 160 90 Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn. Gotthard-Bahn.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten. Cours vom 13. 12.

Breslau-Warschau. 68 20 68 20 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

Ostpreu. Süd. 102 20 102 20 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

Ostpreu. Pfandbr. 101 20 101 20 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

Ostpreu. Pfandbr. 101 20 101 20 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

R. O. U. Bahn 40% II. 102 25 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

Mähr.-Schl.-Ctr.-B. 60 10 60 Oberschl. 3½%, 0 Lit.E — 98 —

Ausländische Fonds. Italienische Rente. 97 20 97 —

Oest. 4% Goldrente 90 30 90 —

Oest. Credit-Anstalt 492 50 490 50 Oest. 4% Goldrente 90 30 90 —

Schles. Bankverein. 101 90 101 70 Oest. 4% Goldrente 90 30 90 —

Industrie-Gesellschaften. Industrie-Gesellschaften.

Vorträge und Vereine.

— d. Riesengebirgsverein, Section Breslau. In der letzten Versammlung theilte der Vorsitzende, Herr Dr. Beblo, zunächst mit, daß nach einem fürlich gefaßten Besluße das Etschjahr der Section mit dem Januar beginnen soll, und daß in Folge dessen auch der Vorstand neu zu wählen sei. Auf Vorschlag des Stadtraths Riemann wurde der bisherige Vorstand durch Acclamation einstimmig wiedergewählt. Auf Grund des Revisionsberichts wurde sodann dem Kassirer, Kaufmann C. Schirmer, und seinem Stellvertreter, Hauptmann Kretschmer, dankend Decharge ertheilt. Nach einer weiteren Mittheilung des Vorsitzenden hat der Vorstand bereits Schritte gethan, um auch in diesem Jahre eine Hörner-schlittenfahrt zu Stande zu bringen. Das Ziel der Partie sollen die Grenzbauden sein. Kaufmann Seifig, mit den Vorbereitungen beauftragt, wird seiner Zeit die Mitglieder benachrichtigen, an welchem Sonnabend und Sonntag die Fahrt stattfinden wird. Nach der Mittheilung, daß die Section augenblicklich 638 Mitglieder zähle, hielt Kaufmann Rüdiger den angekündigten Vortrag: „Wanderung durch die Hochebene und das Hochland von Mexico“. Nachdem der Vortragende eine allgemeine Schilderung der topographischen Verhältnisse des Landes und eine Charakteristik seiner Bewohner gegeben hatte, bespricht er die Vorbereitungen zur Reise in San Antonio (Süd-Texas) und seine Anunft in dem Grenzstädtchen Laredo am Rio grande del Norte, sowie die Umgegend dieser Stadt und die sehr primitiven Gasthausbverhältnisse. Die weitere Fahrt bis Monterrey giebt ihm Beranlassung, ein Bild von der Vegetation der Gebirgszüge auf dem nördlichen Hochlande zu entwerfen. Der Aufenthalt in Monterrey war für den Vortragenden reich an Erfahrungen. Er hatte Gelegenheit, das dafelbst bestehende System der Soldatenwerbung, die Sitten der Bewohner, die Transportmittel und die Sicherheitsaufstände kennen zu lernen. Nach einer Eisenbahnsfahrt bis Saltillo muß die weitere Fahrt zu Wagen gemacht werden. Die drafatische Beschreibung einer mexikanischen Diligencia und die Schilderung der Fahrt durch das Gebirge bei Mondsonne erregte allgemein sehr großes Interesse. Der Vortragende schließt daran Mittheilungen über den Reichthum jener Berge an Erz und über die Art der Ausbeutung derselben. Auf der weiteren Reise bis La Ventura hat er Gelegenheit, die Zustände des Landes zu studiren. Die Schilderung der Cactuswälder, der herrlichen Blüthen von Cacten und Aloës, der Heden, die von dem Orgelcactus gebildet sind, der Palmenhütten &c. giebt ein anschauliches Bild von den Eigentümlichkeiten des Landes. Die Reise geht weiter über Gedral nach Chacras, wo reiche Silberminen sind, über Cartorze nach San Luis Potosé

zu. Je mehr er sich dieser Stadt nähert, desto ausgedehnter werden die Agavenfelder. Die Agave wird, wie Redner näher beschreibt, hauptsächlich zur Gewinnung eines erfrischenden Getränkes, des Pulau und des Mescal, angebaut. In lebendiger Stadt, über deren Umgebung und eigenständliche Einrichtung des großen Marktes der Vortragender mancherlei Interessantes mittheilt, hat er Gelegenheit, einem Tiergefechte beizuwöhnen. Auf der weiteren Reise nach Lagos überschreitet er die Sierra Madre, und hat Gelegenheit, bei dem Bau einer Gebirgsstraße mancherlei Beobachtungen über die Arbeitsweise der Bewohner zu machen. Von Lagos führt sein Weg zur Hauptstadt Mexico. — Der Vortrag, durch eine Anzahl von Photographien illustriert, fand allgemeinen Beifall. Zum Schlusse teilte der Vorsitzende mit, daß in der am 27. d. M. stattfindenden Monats-Versammlung Apotheker Blum einen Vortrag halten wird, welcher auf die Außerordnung in den Gebirgen Bezug nehmen soll.

Vom Standesamte. 13. Januar.

Aufgebote.

Standesamt I. Waldhaus, Carl, Arb., f., Gr. Scheitingerstraße 16c, Rück, Aug., geb. Franke, f., ebenda. — Demmrich, Herm., Korbmacher, f., Einhorn, f., Fritsch, Bertha, f., d. Tautenstr. 35f. — Backzore, Richard, Kunstmärtner, f., Fürstenau bei Mettau, Grögebach, Anna, f., Groß Dreilindenstraße 12b.

Standesamt II. Nachtigall, Aug., Eisenb.-Assist., f., Wormersstr. 57, Scholz, Clara, f., Messerg. 30. — Haushaber, Jul., Haush., f., Berlinerstraße 26, Choroba, Cath., f., ebenda. — Fleischer, Paul, Küstenschmied, ev., Brunnenstr. 32, Höyer, Anna, f., ebenda. — Doy, Heinr., Kanzleiaufst., f., Frdr.-Wilhelmsstr. 19, Tiebig, Anna, f., Frdr.-Wilhelmsstr. 18. — Hübscher, Louis, Restaurateur, ev., Luisenstr. 14, Dubiel, Sus., ev., Bergmannstraße 3. — Werner, Heinr., Kassenbote, ev., Luisenplatz 6, Janik, Emma, f., Zimmertr. 23. — Seidel, Hermann, Haushälter, f., Katharinenstraße 8, Zigan, Clara, ev., Mauritiusplatz 3.

Sterbefälle.

Standesamt I. Heimann, Else, T. d. Haushälters Carl, 5 J. — Hallace, Emilie, geb. Grzebla, Buchhalterin, 56 J. — Schreiber, Louise, geb. Bittermann, Droschenbesitzerin, 53 J. — Bartsch, Ernest, geb. Langenberg, Schneidermeisterin, 63 J. — Vogel, Christiane, Arb., 34 J. — Schulz, Ludwig, S. d. Tapetierers Wilhelm, 1 J. — Martha, Sophie, Böglung der Taubstummenanstalt, 17 J. — Wurst, todgeb. T. d. Buchdruckers Emil. — Weiß, Friedrich, Tischlerges., 34 J. — Bieber,

Beckefälle.

Standesamt I. Heimann, Else, T. d. Haushälters Carl, 5 J. — Hallace, Emilie, geb. Grzebla, Buchhalterin, 56 J. — Schreiber, Louise, geb. Bittermann, Droschenbesitzerin, 53 J. — Bartsch, Ernest, geb. Langenberg, Schneidermeisterin, 63 J. — Vogel, Christiane, Arb., 34 J. — Schulz, Ludwig, S. d. Tapetierers Wilhelm, 1 J. — Martha, Sophie, Böglung der Taubstummenanstalt, 17 J. — Wurst, todgeb. T. d. Buchdruckers Emil. — Weiß, Friedrich, Tischlerges., 34 J. — Bieber,

Heinrich, Stellmacher-Obermeister, 68 J. — Konzog, Carl, Drechslerges., 22 J. — Babin, Paul, Barbierlehrling, 17 J. — Wohlfittel, Josef, 15 J. — Scholz, Johann, Arb., 57 J. — Mroch, Albert, Arb., 42 J. — Wohlfarth, Elias, Synagogenmeister, 86 J. — Grabich, Ernst, Arb., 51 J. — Kraatzek, Emma, geb. Kausch, Schuhmachermeisterin, 38 J. — Standesamt II. Seifert, Hermann, S. d. Eisenbahnreis. Herm., 1 J. — Gerstenberg, Elisabet, geb. Ueberschär, Stellenbesitzerin, 58 J. — Dzialas, Clara, T. d. Kutschers Johann, 3 J. — Kramer, Elisabet, T. d. Kunstgärtner Otto, 5 M. — Wohler, Elisabet, T. d. Eisenbahn-Werkmeisters Gustav, 7 W. — Grabowski, David, Agent, 80 J. — Przybylla, Alfred, S. d. Arbeiters Johann, 4 M. — Durdis, Richard, S. d. Schuhmachers Heinrich, 3 T. — Heerde, Rosina, geb. Gottwald, Hausälterfrau, 60 J.

Gemälde-Salon. Verkauf zu billigen Preisen.
Perm. Ind.-Ausstellung, Ring 17. Eintritt frei.

Gemälde-Ausstellung Lichtenberg. Museum.
Die Cartons von Pausinger nur noch kurze Zeit.
Entrée 1 M. Abon. frei. Jahreskarten f. 1. 2. 3 Pers. 4. 7. 9 M.

Breslauer Bezirks-Verein deutscher Ingenieure.
Freitag, den 15. d. M.: Ordentliche Monats-Versammlung.
8 Uhr Abends, im Dominikaner, Keizerberg 15, I. (Union).
Sonntag, den 16. d. M.: Excursion. Versammlung der Mitglieder
Nachmittag 4 Uhr an der Borderbleiche, Phönix und Marienmühle.
[1274] Der Vorstand. ges. Brief.

Bei Kindern ist im Allgemeinen der Gebrauch von Café und Thee einzuschränken, weil narotische Mittel auf ihren Organismus intensiver und für die Dauer deletär wirken. An Stelle von Café und Thee ist deshalb der reine emölte Cacao zu ziehen, der einmal jene schädlichen Eigenschaften nicht hat, außerdem aber durch seinen hohen Gehalt an Proteinstoffen einen namentlich für schwächliche und schlecht genährte Kinder durchaus nicht zu unterschätzende Nährwert hat. Der Cacao muss natürlich rein und von feinstem Geschmack sein, und ist Bloeks holländischer Cacao besonders zu empfehlen. [2374]

Julius Schirmer,
Sophie Schirmer,
geb. Leidig, [317]
Vermählte.
Berlin. Potsdam.

Der liebe Gott schenkte uns heut wieder einen kräftigen Jungen.
Breslau, 13. Januar 1886.
Carl Heck,
Luise Heck, geb. Dietrich.

Statt besonderer Meldung.
Heute beschenkte mich meine liebe Frau Regina, geb. Sternberg, mit einem munteren Knaben.
Suez (Egypten), den 3. Jan. 1886.
Theodor Meyer, [905]
Kais. Deutscher Vice-Consul.

Todesanzeige.
Durch den am 11. d. M. erfolgten Tod des prakt. Arztes,
Herrn Dr. med. G. Waxmann,
hat auch das hiesige Haus-Armen-Medical-Institut einen herben Verlust erlitten. Derselbe gehörte seit 1868 unserem Institute an und zeichnete sich durch grosse Begabung, reiches und vielseitiges Wissen und Pflichttreue im Amte aus. Wir werden deshalb sein Andenken stets in Ehren halten. [1293]
Das Administrations-Collegium des Haus-Armen-Medical-Instituts.

Gestern verschied unser geliebter Gatte, Vater, Bruder, Grossvater und Onkel [1282]

Herr David Grabowski
im 79. Lebensjahre.
Breslau, den 13. Januar 1886.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Donnerstag, den 14. Januar, Vorm. 10 Uhr,
vom Trauerhause Gräbschnerstrasse 31.

Statt jeder besonderen Meldung.
Heute früh 3 Uhr verschied sanft nach langem Krankenlager
unser Vater, Bruder, Schwieger- und Grossvater, der Rentier

Carl Über

im achtzigsten Lebensjahre.

Dies zeigte tiefbetrübt an [908]

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Donnerstag, den 14. Januar, 3 Uhr Nachmittag.

Kreuzburg. Rawitsch. Trebnitz. Waldenburg.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Theilnahme,
welche uns bei dem unerwarteten Hinscheiden und der Beerdigung
unseres geliebten Gatten, Vaters, Schwagers und Onkels,
des Particulier und früheren Kretschmers [1301]

Daniel Ziebolz,

in so reichem Maße zu Theil geworden sind, sagen wir Allen
auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Für die allseitige Theilnahme während der Krankheit und
bei der Beerdigungsfeier ihres lieben, theuren Vaters, Schwieger- und Grossvaters,

des Stadtraths und Maurermeisters

Herrn Carl Jäger,

sagen ihren herzlichsten, tiefgefühltesten Dank [313]

Die Familien Jäger und Scheurich.

Waldenburg, den 12. Januar 1886.

Kaufmännischer Verein „Union“.

Sonnabend, den 16. Januar 1886:

Stiftungsfest im Hotel de Silésie.

Billets hierzu bei Herrn Oscar Gieser, Unternstraße 33, bis

[297]

C. F. 38. Briefe poslag. & Abhol. bereit.

Meine Abreise ist [299]
Berlin 47. unter den Linden,

Bureau der Equitable, und bitte ich, bis zur Befahrung der Generalagentur für Schlesien, alle Anfragen dorthin unter meiner Adresse zu richten, sowie Prämienbeiträge einzufinden.

Carl Freiherr von Gablenz,
Generalinspektor der Equitable.

Festlieder.

Die Auffertigung schönster Gelegenheitsgedichte u. Lieder n. schriftl. Angaben vermittelte Gärtner's Buchhandlung, Alte Taschenstraße 6.

Beginn täglich zu den konstanten Bedingungen.
Noch auswärts besondere Vergünstigungen.

Musikalien-Abonnement.

Schletter'sche Buch- u. Musik.-Büdg. (Frank & Weigel) in Breslau, 16-18 Schweidnitzer Straße.

Die gewerbliche Zukunft Chile's.
Brochure von 46 Seiten mit Illustrationen. Gratis zu beziehen durch den Regierungsbauverwaltungsdienst. Don B. Davila-Larraín, Rue de l'Echiquier 17, Paris.

Harmonium,
ein wenig gebrauchtes, für 350 Mk., steht zum Verkauf im Pianomagazin Lichtenberg, Schweidnitzerstraße 36. [931]

Gelegenheitslauf.
Ein Partie-Vorste Möbelstoffe, Teppiche, Läuferstoffe und Gardinen zu Spottpreisen in [1302]

Wertheims

Partie-Waren-Laden, Rossmarkt Nr. 3, nahe der Börse.

Die höchsten Preise für getragene Herrenkleidungsstücke zahlte Janower. Rossmarkt 7/8.

„Gesellschaft Eintracht“
Sonnabend, den 16. Januar c.,

Herren-Abendbrot
im Ressourcen-Local. [919]

Billet-Ausgabe ebendaselbst bis zum 14ten c., Abends 7 Uhr.

Restaurant, Graupenstr. 9, I.,
geneigter Beachung empfohlen. [1310]

Heiraths-Gesuch.

Ein gebildeter, gesunder und lebensfroher Mann, 38 Jahr alt, Israelit,

hochgeachteter Familie angehörig und Inhaber eines fast 100 Jahre

alten flotten Fabrikgeschäfts der Textilbranche, in einer Stadt von

ca. 80 000 Einwohnern, sucht eine Lebensgefährtin, am liebsten eine

junge Witwe mit guten Charakter-Eigenschaften. Weitere Bedingung

ist, dass die Dame guter jüdischer Familie angehört und ein mindestens

gleiches Vermögen, als das seinige, das sich auf 300 000 Mark beläuft,

besitzt. Event. Mittheilung sub J. K. 8315 an die Expedition des Berliner

Tagblatt Berlin SW. erbeten.

Höchste Discretion und Rücksendung von Photographie etc. aus

Erhawort versichert. [303]

15 000 Mf. event. 75 000 Mf.

werden auf ein Grundstück der inneren Stadt per bald gesucht. Gefällige

Offeraten erbeten unter L. No. 25 in den Briefk. der Bresl. Btg. [1256]

Ausverkauf 
beifuss Erblass-Negierung der Firma
Heinrich Leschziner,
Ohlauerstraße Nr. 76 | 77.
Die noch vorhandenen Bestände von
Oberhemden, Krägen, Manschetten, Cravatten, Tricotagen,
sowie sämtliche Herrenartikel,
nur bestes Fabrikat 

und vorzüglichste Qualitäten werden billigt ausverkauft. [729]

Zur Hälfte 
des Kostenpreises werden die von der Herbst- und Winter-Saison noch vorhandenen
Costumes, Mäntel, Schlafröcke und Ipons verkauft. [928]
Barschall & Greiffenhagen,
1. Etage. Schuhbrücke 78. 1. Etage.

Nur noch kurze Zeit.
Vollständiger Ausverkauf wegen Auflösung des Geschäfts.
Die vorhandenen Bestände in: 
Bändern, Spangen, Nüschen, Stickereien, Gardinen, Deckchen, Schürzen, Halstüchern, span. Chales, Krägen, Manchetten, Shlipen &c. &c. werden bedeutend unter Kostenpreis ausverkauft.

D. Freudenthal, Ring 14, Becherseite.

Die nachstehende Erklärung:
„Im § 8 des Vertrages vom 20./24. October 1883, betreffend den Übergang des Rechte-Oder-Ufer Eisenbahnunternehmens auf den Staat (Ges.-S. für 1884, S. 33), ist dem Staat das Recht einger

Bekanntmachung. (R.-A.)
In unser Firmen-Register ist bei Nr. 6808, betreffend die Firma **Oscar Bergmann** hier, heute eingetragen worden: Die Firma ist durch Vertrag auf den Kaufmann [933]

Carl Rentsch zu Breslau übergegangen; und unter Nr. 6830 des Firmen-Registers ist die Firma **Oscar Bergmann**

hier und als deren Inhaber der Kaufmann

Carl Rentsch zu Breslau heute eingetragen worden.

Breslau, den 9. Januar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung. (R.-A.)
In unser Firmen-Register ist Nr. 6831 die Firma [934]

Eman. Hallmann

hier und als deren Inhaber der Mälzerei- und Dampfbräuereibesitzer Bimmermeister

Emanuel Hallmann

hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 9. Januar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters und Lederhändlers

Franz Hoffmann an Liebau ist nach erfolgter Abhaltung des Schlüchterns durch Gerichtsbeschluss von heut aufgehoben.

Liebau, den 7. Januar 1886.

Schmidt [911]

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 249 die Firma

"Moritz Freund"

und als deren Inhaber der Kaufmann **Moritz Freund** zu Dels heute eingetragen worden.

Dels, den 7. Januar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns

Julius Langer

in Neisse ist zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung ein Termin

auf den 27. Januar 1886,

Vormittags 11 Uhr,

Terminzimmer Nr. 9, anberaumt

worden.

Neisse, den 9. Januar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister sind unter Nr. 50 folgende Eintragungen bewirkt:

Col. 2. Firma der Gesellschaft:

Gebrüder Wolff.

Col. 3. Sitz der Gesellschaft:

Lissa i. P.

Col. 4. Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:

Die Gesellschafter sind

1) der Kaufmann **Julius Wolff** zu Göttin und

2) der Kaufmann **Moritz Wolff** zu Lissa.

Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1886 begonnen.

[912]

Eingetragen auf folge Verfügung vom 11. Januar 1886 am 11. Januar 1886.

Lissa i. P., den 11. Januar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des für das Kranken-Hospital zu Allerheiligen in der Zeit vom 1. April 1886 bis ultimo März 1887 nothwendigen Bedarfs an **Brot** und **Semmel** und zwar circa

79 000 Klg. Brot

44 800 Klg. Semmel

soll im Wege der Submission ver-

geben werden.

Besiegeln Offerten mit bezeichnender Aufschrift sind

bis Freitag, den 29. Januar cr.,

Abends 5 Uhr,

an das Hospital-Bureau – an der

Barbarakirche Nr. 2/3 – einzurichten,

woselbst auch die Lieferungs-Bedi-

gungen zur Einrichtung anliegen.

Den Offerten ist eine, bei der

Hospital-Receptur-Kasse des Kranken-

Hospitals zu Allerheiligen einzuge-

zähende, Bietungs-Caution von 500

Mark beizufügen und eine Probe

des Brotes und der Semmel mit

einzuenden.

[898]

Breslau, den 12. Januar 1886.

Die Direction

des Kranken-Hospitals zu

Allerheiligen.

Hôtel - Verkauf.

In einer bedeutenden Fabrikstadt der Nieder-Lausitz, an der Hauptbahn nach Berlin gelegen, mit Pro-Gymnasium ic., soll das erste Hotel, wegen vorgeschrittenen Alters des Besitzers verkauft werden.

[288]

Dasselbe ist durchwegs kein ein-

gerichtet, erfreut sich eines guten

Ruhs und feiner Kundschaft. Offert.

erbeten unter Chiffre N. 649 an

Rudolf Mosse, Breslau.

Gefl. Offerten erbeten um. A. H. 28 postlag. Langenbielau. [1148]

In einer Kreis- und Garnisonstadt Mittelschlesiens ist ein Restaurant mit guter Kundschaft, am Ringe gelegen, zu verpachten und sofort zu übernehmen, event. auch mit Grundstück, worin sich ein gutes Specerei-Geschäft befindet, zu verkaufen. Gefl. Offert. unt. G. H. 23 an die Exped. d. Bresl. Btg. erbeten. [1243]

Eine [257]

Seifenfabrik

mit gutem Detailgeschäft in

Mittel- oder Niederschlesien

zu kaufen gesucht. Angaben über Umfang u. Größe des Grundstücks erwünscht. Offerten sub K. S. 6268 an Rud. Mosse, Bresl. erbeten.

[1243]

Dr. Michaelis [437]

Eichel-Cacao

in 1/4 n 1/2 Dosen empf. die Niederlage

Oscar Glessner, Junkenstr. 33.

Frische, grüne

Heringe, Schellfisch,

Hecht, Schleien,

Wels, Karpfen,

Zander

empfiehlt [1300]

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 21.

Specialität:

Fluß-, Seefische, Hummern

und Austern.

Lager

sämtlicher Delicatessen.

Die Hühnerzucht St. Jilgen, größtes Etablissement Deutschlands, hat in Woltersdorf bei Erkner (Berlin) Filiale errichtet und offeriert solche Tafelgesäß in feinerer und feinster, gut gemästeter Ware:

Poula des de Bresse,

Poulardes du Mans,

St. Ilgener Poulets,

Junge französ. Puten,

Toulouse Gänse,

Rouen Enten

und Hamb. Kücken.

Bediennung prompt, billig und gut.

Gefl. für Brief und Telegramme:

Hühnerzucht Woltersdorf.

[306] Die Verwaltung.

Frischen

Seedorsch, das Pfund

Grüne Heringe billigt,

Hechte,

Italien. **Blumenkohl**

empfiehlt [1285]

Paul Neugebauer

46 Ohlauerstr. 46.

B. K. R.

Breslauer Kaffee-Nösterei

mit Dampfbetrieb.

Combinirtes Nöst- und Kühl-

verfahren hier einzige

in seiner Art, empfiehlt ihre besteb-

testen Sorten [234]

f. Nöst-Kaffees

Nr. M.

5 Wiener Mischung 1,45.

6 Carlsbader 1,40,

à la Café Pupp, Carlsbad.

22 Familien-Kaffee 1,26.

23 dto. 1,14.

24 Volks-Kaffee 0,78.

Ferner größte Auswahl von

gerösteten u. rohen Kaffees,

sowie auch Thee, Zucker, Cacaos

und Chocoladen zu wirklichen

Engros-Preisen.

Breslauer Kaffee-Nösterei

(O. Stiebler),

Schweidnitzerstr. 44,

Eingang Ode-Passage.

Erstes Special-Geschäft für

Kaffee, Zucker, Thee,

Telephon-Anschluß 268.

Seradella

letzter Ernte offerirt billig

Herrmann Basch,

Liegnitz, Saatgeschäft.

[656]

Stellen-Anerbieten

und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine [257]

französische Bonne

wird für einen Knaben von 7 Jahren

auf's Land gefücht, die selbstständig

den Schulunterricht übernimmt An-

tritt bald per 1. April. Offerten

womit sich ein gutes Specerei-

Geschäft befindet, zu verkaufen.

Gefl. Off